

FLORIAN STAFFEL

Der koloniale Brite in Westfalen

Fremdbilder und -wahrnehmungen im regionalen Aushandlungskontext
(1945–1963)¹

Einleitung

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat anlässlich der Unterzeichnung des EVG- und Deutschlandvertrages feierlich erklärt, daß das Besatzungsrecht aufgehört habe. Aus den Gegnern von gestern seien Freunde von morgen geworden. Aus der Beschränkung, Ungleichheit und Unfreiheit müßten wir sofort herauskommen. [...] Nicht der Name – „Besatzungstruppe“ od. „Schutztruppe“ – ist ausschlaggebend für die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit, sondern allein die Haltung und Verständigungsbereitschaft unserer ausländischen „Gäste“!²

In seiner Rede zur Unterzeichnung des EVG- und Deutschlandvertrages am 26.5.1952 trat Konrad Adenauer als Mitbegründer eines prägenden Narrativs der bundesdeutschen Geschichte auf: der Westintegration. Durch die Gründung der Bundesrepublik, erste Integrationsprozesse in den zitierten Verträgen und die Erlangung der nahezu uneingeschränkten Souveränität durch die sogenannten „Pariser Verträge“ sowie den Beitritt zur NATO 1955 sei die Bundesrepublik politisch ein Teil des westlichen Bündnisses im Kalten Krieg geworden.³ In diesem Sinne wandelte sich auch das politisch proklamierte Bild der ehemaligen Westalliierten in einem kurzen Zeitraum von Gegnern zu Freunden, wie es das obige Zitat zum Ausdruck brachte.

Das Zitat eröffnet jedoch noch eine weitere Beziehungsdimension. Trotz oder gerade wegen dieses politischen Wandels blieben alliierte Streitkräfte in Deutschland präsent. Fungierten diese zunächst bis zu den „Pariser Verträgen“ als Besatzungstruppen und Schutzmacht *vor* Deutschland, bildeten diese im sich entwickelnden Kalten Krieg eine Schutzmacht *für* die Bundesrepublik. Die Notgemeinschaft Detmold, die das zitierte Memorandum verfasst hat und sich in den 1950er Jahren für die Rückgabe des von britischen Besatzungskräften beschlagnahmten Wohnraums einsetzte, forderte in diesem Zusammenhang auch einen Wandel des Verhaltens und der inneren Haltung der britischen Truppen. Somit wird bereits eine Diskrepanz zwischen dem politisch formulierten linearen Wandel des Bildes vom Anderen und der regionalen Wahrnehmung angedeutet.

1 Der folgende Aufsatz ist eine erweiterte Version der am 1.8.2016 eingereichten Staatsexamensarbeit an der Universität Paderborn. Diese ist im Kontext des Forschungs- und Ausstellungsprojektes „Briten in Westfalen“ entstanden.

2 Memorandum der Notgemeinschaft der Besatzungsgeschädigten Detmold 1953, Landesarchiv NRW Abteilung Ostwestfalen-Lippe, D 107 T Nr. 2.

3 Edgar *Wolfrum*, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 96ff.

Dieser westfälischen Wahrnehmung soll in dem vorliegenden Aufsatz anhand der im regionalen Diskurs geäußerten Britenbilder nachgegangen werden.⁴ Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Zusatzabkommen des NATO-Truppenstatuts, das nach den Verhandlungen seit 1955 am 1. 7. 1963 in Kraft trat und die Rechtsbeziehung zwischen der Bundesrepublik und der Rheinarmee an die entsprechenden Verhältnisse in den übrigen Bündnisländern anglich.⁵ Zudem korreliert die zeitliche Begrenzung mit dem sozialgeschichtlichen Wandel der 1950er Jahre und bettet daher die Fremdbilder auch in die Lebensumstände ein.⁶ Zunächst ist jedoch die Frage zu klären: Was sind Fremdbilder und welcher zusätzliche Erkenntnisgewinn ergibt sich durch entsprechende Untersuchungen?

Herfried Münkler und Bernd Ladwig heben zwei Dimensionen von Fremdheit hervor: einerseits die lebensweltliche Fremdheit als Unvertrautheit in Furcht und Faszination einzelner Personen und andererseits die soziale Fremdheit im Sinne der Abgrenzung zwischen sozialen Gruppen.⁷ Möchte man Fremdheit jedoch als Analysekriterium über die Unvertrauthitsäußerungen einzelner Personen hinaus nutzen, so ist der von wahrgenommener Fremdheit angestoßene Vergesellschaftungsprozess zu untersuchen. Damit knüpft die Studie an die britische Sozialgeschichte an, die bereits frühzeitig eine Synthese aus sozial- und kulturgeschichtlichen Ansätzen betrieb.⁸ Zwar spielt in diesem Zusammenhang auch die lebensweltliche Fremdheit eine Rolle, sie erscheint jedoch eher als ein untergeordneter Indikator der sozialen Fremdheit statt als eigenständige Dimension. Im Zentrum dieser theoretischen Konzeption befindet sich das Fremdbild, das als relationale Zuschreibung zur Abgrenzung des Eigenem vom Fremden verstanden

4 Dieser Aufsatz legt einen expliziten Schwerpunkt auf Fremdbilder und -wahrnehmungen. Verschiedene Praktiken des Zusammenlebens werden nur zur Kontextualisierung skizziert. Vgl. zur Auseinandersetzung mit entsprechenden Beziehungen, Begegnungen und Handlungen die Ausstellung „Briten in Westfalen“, den Begleitband zur Ausstellung Ulrike *Gilbaus* / Andreas *Newwöhner* (Hg.), Briten in Westfalen. Beziehungen und Begegnungen 1945–2017, Paderborn 2017. sowie den Tagungsband Peter *Fäßler* / Andreas *Newwöhner* / Florian *Staffel*: Briten in Westfalen. Besatzer, Verbündete, Freunde? Paderborn 2018 (im Erscheinen).

5 Vgl. Christian Th. *Müller*, US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland. Erfahrungen, Beziehungen, Konflikte im Vergleich (Krieg in der Geschichte 70), Paderborn 2011, S. 89–93. Obgleich die Bundesrepublik nun z. B. Manöverorte mitbestimmen und britische Soldaten festnehmen durfte, war eine rechtliche Gleichstellung zu anderen NATO-Mitgliedsstaaten nicht erreicht.

6 Für die Forschung auf Bundesebene Axel *Schildt* / Arnold *Sywottek* (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998. Deren Bestätigung für Westfalen erfolgte im Projekt „Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960“ des LWL Instituts für westfälische Regionalgeschichte, vgl. Michael *Prinz*, 1945 als soziale Zäsur im Vergleich – die Schweiz, die Niederlande, Norddeutschland und Bayern, in: Michael *Prinz* (Hg.), Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich, 1920–1960 (Forschungen zur Regionalgeschichte 58), Paderborn 2007, S. 485–498, sowie Benjamin *Ziemann*, Modernisierung, Politik und Region in der Gesellschaftsgeschichte Westfalens 1920–1960, in: Michael *Prinz* (Hg.), Gesellschaftlicher Wandel im Jahrhundert der Politik. Nordwestdeutschland im internationalen Vergleich, 1920–1960 (Forschungen zur Regionalgeschichte 58), Paderborn 2007, S. 417–432, 425f.

7 Herfried *Münkler* / Bernd *Ladwig*, Dimensionen der Fremdheit, in: Herfried *Münkler* (Hg.), Furcht und Faszination. Facetten der Fremdheit (Studien und Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe Die Herausforderung durch das Fremde der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften), Berlin 1997, S. 26–28.

8 Edward P. *Thompson*, The Making of the English Working Class, London 1980.

werden soll.⁹ Der dadurch angestoßene Vergesellschaftungsprozess drückt sich in Inklusions- und Exklusionsprozessen in Sozialsysteme aus.¹⁰ Die damit verbundene Untersuchung der Fremdbilder führt zwangsläufig in einem weiteren Analyseschritt zu den Selbstthematisierungen des Eigenen.¹¹

Diese kommunikative Praxis der Fremdbildäußerungen vollzieht sich jedoch nicht im ahistorischen und sozialen Raum, sondern ist an die jeweiligen Zeitumstände geknüpft – den Aushandlungskontext.¹² Dieser knüpft in der hier vorgeschlagenen dezidiert geschichtswissenschaftlichen Perspektive einerseits an die Theorie des Referenzrahmens nach Harald Welzer und Sönke Neitzel, d. h. die zeitlich gebundenen Deutungsvorgaben der Wahrnehmung,¹³ sowie den von Reinhart Koselleck skizzierten historisch-dimensionierten Erfahrungsraum an, d. h. der eigenen und kollektiven vergegenwärtigten Vergangenheit.¹⁴ Diesen rezeptionellen Charakter der beiden Theoriemodelle ergänzt der definierte Aushandlungskontext andererseits, indem er die aktive Beteiligung an der Aushandlung der Fremdbilder betont.¹⁵

Mit Blick auf die Untersuchung der westfälischen Fremdbilder der Briten fußt der Aushandlungskontext somit zum einen auf den Bedingungen des britisch-westfälischen Zusammenlebens, den mentalen und sozialen Dispositionen der westfälischen Bevölkerung sowie den historisch-determinierten, zuvor vorhandenen Britenbildern. Grundlegend für die Wahrnehmung ist zum anderen der Filter der doppelt differenten Sozialsysteme, nämlich das Eigene und das Fremde sowie die Zivilgesellschaft und das Militär.¹⁶

Nachdem dieser Aushandlungskontext nachfolgend kurz skizziert werden soll, wird das diskursanalytisch angelegte Analysemodell exemplarisch auf die

9 Münkler u. a., Dimensionen der Fremdheit, S. 14–15.

10 Rudolf Stichweh, Der Fremde – Zur Soziologie der Indifferenz, in: Münkler, Furcht und Faszination (wie Anm. 7), S. 45–64, hier S. 46–49. – An dieser Stelle wird der System-Begriff bewusst demjenigen der „sozialen Gruppe“ o. ä. vorgezogen, um die Kommunikation als systembildend hervorzuheben. Vgl. Niklas Luhmann, Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main 1984, S. 191.

11 Ulrich Bielefeld, Nation und Gesellschaft. Selbstthematisierungen in Frankreich und Deutschland, Hamburg 2003, S. 10–12. Unter Selbstthematisierungen werden kommunikative Selbstzuschreibungen verstanden, die zur Begründung von Kollektiven dienen.

12 Dieser Begriff, engl. „negotiation context“, wurde von Anselm Strauss in die interaktionistische Handlungstheorie eingeführt. Strauss vertritt die These, dass soziale Ordnungen sich zeitlich wandelnd dialektisch durch Handlungen hergestellt und geformt werden. In Abgrenzung zum „structural context“ (stark verfestigte Ordnungen und allgemeine Normen) charakterisiert der „negotiation context“ die konkreten Rahmenbedingungen der Aushandlung. Wie oben beschrieben wurde dieser in Anlehnung an die geschichtswissenschaftliche Theoriebildung ergänzt und modifiziert. Vgl. Anselm Strauss, Negotiations. Varieties, Contexts, Processes, and Social Order, San Francisco 1978, sowie erläuternd Jörg Strübing, Anselm Strauss (Klassiker der Wissenssoziologie 4), Konstanz 2007.

13 Sönke Neitzel / Harald Welzer, Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben, Frankfurt am Main 2011, S. 17–19.

14 Reinhart Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1979, S. 354–359.

15 In Anlehnung an die historische Praxeologie wird dieser Prozess als dialektisch im Sinne einer Rezeption des Aushandlungskontextes und gleichzeitiger Gestaltung und Veränderung durch die Kommunikation angenommen. Vgl. als Einblick: Lucas Haasis / Constantin Rieske (Hg.), Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns, Paderborn 2015.

16 Müller, US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland (wie Anm. 5), S. 52.

fünf prägenden öffentlichen Themen des Untersuchungszeitraumes angewandt, bevor die Synthese abschließend in den Forschungskontext eingebettet wird. Diese wären – chronologisch geordnet nach der Reihenfolge der Höhepunkte – der Nahrungsmittel-, Demontage-, Beschlagnahmungs-, Manöver- und Schlägereien- bzw. Straftatendiskurs. Diese wurden durch die Studien von Barbara Marshall¹⁷ und Rainer Schulze¹⁸ zur Besatzungszeit sowie von Peter Speiser¹⁹ für den Zeitraum bis 1963 herausgearbeitet. Die regionalen britisch-westfälischen Fremdbilder und -wahrnehmungen sind bislang nur ansatzweise untersucht worden. Neben der bereits genannten Pionierarbeit von Speiser sind weiterhin die Studien der 1980er und 1990er Jahre von Relevanz, die anhand von Berichten der britischen Geheimdienste und entsprechender Verwaltungsstellen die Wahrnehmung in Ansätzen untersuchten und einen Wandel von Besatzern zu Schutzmächten mit der ersten Berlin-Krise 1948/49 konstatierten.²⁰ Die vorliegende Studie verortet sich jedoch selbst in einer *Neuen Besatzungsgeschichte*, die, kulturgeschichtlich inspiriert, das (alltägliche) Zusammenleben von Besatzern und Besetzten unter der spezifischen Perspektive verschiedener Besatzungsregime erforscht.²¹

Der Studie liegt darüber hinaus ein differenziertes Quellenkorpus zugrunde, das auch der Vielfalt der einzelnen Debattengegenstände geschuldet ist. Ausgewertet wurden einerseits Denkschriften, Reden, und Regionalzeitungen,²² andererseits aber auch (Stimmungs-)Berichte, die nach dem britischen Verwaltungs-

17 Barbara Marshall, German Reactions to Military Defeat, 1945–1947. The British View, in: Volker Rolf Bergbahn (Hg.), Germany in the age of total war. Essays in honour of Francis Carsten, London 1981, S. 218–239.

18 Rainer Schulze, A difficult Interlude. Relations between British military Government and the German population and their effect for the constitution of a democratic society, in: Alan Bance (Hg.), The Cultural Legacy of the British Occupation in Germany. The London symposium (Publications of the Institute of Germanic Studies 70), Stuttgart 1997, S. 67–109.

19 Peter Speiser, The British Army of the Rhine. Turning Nazi enemies into Cold War partners (The history of military occupation), Urbana 2016.

20 Vgl. neben den bereits genannten Studien von Marshall und Schulze, Josef Foschepoth, Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besetzung, in: Ludolf Herbst (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 30), München 1990, S. 151–165; Josef Foschepoth / Rolf Steininger (Hg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949. Eine Veröffentlichung des Deutschen Historischen Instituts London (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), Paderborn 1985. Karl Teppe, Zwischen Besatzungsregiment und politischer Neuordnung. Verwaltung – Politik – Verfassung, in: Wilhelm Kohl / Manfred Balzer / Hans-Joachim Behr / Peter Borscheid (Hg.), Das 19. und das 20. Jahrhundert. Politik und Kultur (Westfälische Geschichte 2), Düsseldorf 1983, S. 269–339. Zusammenfassend auch Lothar Kettenacker, Implementing Peace. Britain and Germany 1945–55, in: Manfred Görtemaker (Hg.), Britain and Germany in the twentieth century (German historical perspectives 18), Oxford 2006, S. 101–122.

21 Für das deutsch-britische Zusammenleben Michael Abrens, Die Briten in Hamburg. Besatzerleben 1945–1958 (Forum Zeitgeschichte 23), München 2011. Gerade hinsichtlich der Fremdbilder auch Müller, US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland (wie Anm. 5). Vgl. als ersten Einblick: Lena Eggers, Tagungsbericht. The Allied Occupation of Germany Revisited: New Research on the Western Zones of Occupation, 1945–49, 29. 9. 2016 – 30. 9. 2016 London, in: H-Soz-Kult, 25. 11. 2016, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6838 sowie Tatjana Tönsmeier, Besatzungsgesellschaften. Begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zur Erfahrungsgeschichte des Alltags unter deutscher Besetzung im Zweiten Weltkrieg, in: Docupedia-Zeitgeschichte, <https://docupedia.de/zg/Besatzungsgesellschaften>.

22 Zu beachten ist an dieser Stelle die britische Kontrolle der Zeitungen bis zur Aushandlung des Besatzungsstatuts, vgl. Kurt Koszyk, Pressepolitik für Deutsche 1945–1949 (Geschichte der deutschen

prinzip der *indirect rule* zwar lückenhaft überliefert sind, aber sehr anschaulich verschiedene gesellschaftliche Stimmungen wiedergeben.²³ Hierbei sind allerdings, wie bei den anderen Quellen auch, die Perspektive und die Filter der Wahrnehmung zu beachten. Zudem wurde sowohl auf metaperspektivisch ausgerichtete Berichte und Umfragen, bezeichnet als Survey of German Public Opinion,²⁴ die im Foreign Office vorliegen und teilweise bereits ausgewertet sind, als auch auf Allensbacher Umfragen zurückgegriffen. Jedoch sind diese insbesondere aufgrund ihrer zeitverhafteten Schlussfolgerungen und Methoden kritisch zu verwenden,²⁵ obgleich sie dennoch neben quellenkritischen Bemerkungen zur Darlegung der Repräsentativität der qualitativen Analyse genutzt werden sollen.

Aushandlungskontext

Das Leben in Westfalen wurde in dem benannten Zeitraum von einer enormen Präsenz der britischen Zivilangestellten und Militärs bestimmt. Während der Besatzungszeit befanden sich neben dem Hauptsitz der Control Commission for Germany (CCG) in Lübbecke 13 von 15 weiteren Abteilungen der CCG in Ostwestfalen-Lippe, ebenso wie das Hauptquartier der britischen Rheinarmee in Bad Oeynhausen.²⁶ Folglich waren Schätzungen zufolge ca. 100 000 britische Soldaten und Zivilangestellte in der Region,²⁷ deren Anzahl zudem noch durch den Nachzug von Familien seit 1946 erhöht worden ist.²⁸ Auch unter dem Besatzungsstatut und im Zuge der Stationierung von Truppen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft seit 1954/55 sollte die Truppenstärke der Rheinarmee zwischen 70 000 und 100 000 Personen betragen, wie aus den Unterlagen zur Verhandlung der EVG-Verträge hervorgeht.²⁹ Obgleich das Hauptquartier nach Rheindahlen verlegt wurde, blieb eine große Anzahl in den ostwestfälisch-lippischen Kasernen. Man kann somit von einer beträchtlichen quantitativen Präsenz in Westfalen ausgehen. Die persönliche Kontaktintensität ist jedoch deutlich schwieriger zu beur-

Presse 4), Berlin 1986, S. 258. sowie Gerd *Meier*, Die Lizenzzeitungen in der britischen Besatzungszone – Voraussetzungen und Wirkungen. Magisterarbeit, Bielefeld 1990, S. 95.

23 Rainer *Schulze*, Durch die britische Brille gesehen. Beispiele zum Ertrag der britischen Quellen für die (nordwest-) deutsche Landes- und Regionalgeschichte, in: Adolf M. *Birke* / *Deutsches Historisches Institut London* (Hg.), Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, London 1992, S. 103.

24 Die Berichte beruhen auf den Aussagen deutscher Beamten, britischer Stellen der Postzensur oder Umfragen. Laut Berichten der British Zone Review vom 1. 2. 1947 wurden durchschnittlich zwischen 2000 und 3000 Deutsche aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten sowie differenziert nach Stadt- und Landbevölkerung befragt.

25 Uta *Gerhardt*, Bestandsaufnahme mit Zeitwert. Ein nachträglicher Blick auf das Kompendium „Public Opinion in Occupied Germany“, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 2. Jg., 2005. <https://zeithistorische-forschungen.de/1-2005/id=4485>

26 Volker *Koop*, Besetzt. Britische Besatzungspolitik in Deutschland, Berlin 2007, S. 58f.

27 Ebd., S. 56; Olaf *Mager*, Die Stationierung der britischen Rheinarmee – Großbritanniens EVG-Alternative (Nomos-Universitätsschriften: Politik 3), Baden-Baden 1990, 151f.

28 *Abrens*, Die Briten in Hamburg (wie Anm. 21), S. 143ff.

29 *Mager*, Die Stationierung der britischen Rheinarmee (wie Anm. 27), S. 151f. Dies bedeutet jedoch nicht, dass zu jedem Zeitpunkt eine entsprechende Anzahl in der Bundesrepublik anwesend war.

teilen. Auf der einen Seite prognostizieren die Studien von Ahrens, Schulze und Speiser anhand von Umfrageauswertungen, britischen Direktiven und weiterem überlieferten Quellenmaterial eine insgesamt geringe Kontaktintensität.³⁰ Auf der anderen Seite können bereits in der Besatzungszeit und auch der frühen Stationierungszeit erste Liebesbeziehungen, Sportveranstaltungen und Jagdausflüge sowie deutsch-britische Clubs und Kulturzentren wie „Die Brücke“ in einzelnen Orten nachgewiesen werden.³¹ Zudem stiegen die britischen Institutionen zu einem großen Arbeitgeber in der Region auf. Ich gehe daher von einer ungleich verteilten Häufigkeit der Kontakte aus, die nochmals auf die Bedeutung der Analyse der öffentlichen Diskurse hinweist.

Das Fremdbild konnte zudem an ein äußerst ambivalentes Britenbild in der deutschen Gesellschaft anknüpfen. Wolfgang Mommsen charakterisiert dies seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert als „Haßliebe“ zwischen der Anglophobie des Konservatismus und Anglophilie des Liberalismus.³² Im Ersten Weltkrieg, als dem Höhepunkt des deutsch-britischen Antagonismus, radikalisierte sich insgesamt das Britenbild in der deutschen Gesellschaft: das Bild des perfiden Albion als verschlagenen, kapitalistisch-krämerischen, imperialistisch und kolonialistisch agierenden Briten erhielt breiteren Zuspruch.³³ Der Nationalsozialismus griff dieses Bild erneut auf und stilisierte sich in der „Blut- und Boden-Ideologie“ als eine alternative Moderne – betonte jedoch auch die „rassische“ Ähnlichkeit.³⁴ Doch auch wenn Rüger in seiner Metastudie zu neueren Arbeiten zum deutsch-britischen Antagonismus konstatiert, dass eine lineare Entwicklung im Sinne einer chronologischen und gesellschaftlich umfassenden Zuspitzung – mit Ausnahme der Einheitlichkeit im Ersten Weltkrieg – nicht zutrefte und stattdessen immer wieder das bereits angesprochene Verhältnis aus Anglophilie und Anglophobie vorzufinden gewesen sei, kann zumindest ein Prononcieren des Gegensatzes in der nationalsozialistischen Propaganda festgestellt werden.³⁵

Wie weit dieses Bild zum Ende des Zweiten Weltkrieges in der westfälischen Gesellschaft verbreitet war, kann auf der aktuellen Studiengrundlage nicht beur-

30 Ahrens, Die Briten in Hamburg, S. 453; Schulze, A difficult Interlude (wie Anm. 18), S. 78; Speiser, The British Army of the Rhine (wie Anm. 19), S. 149–159.

31 Siehe die Ausstellung: Briten in Westfalen. Begegnungen – Beziehungen – Geschichte 1945–2020. Diese wird bis 2020 in verschiedenen Städten Westfalens zu sehen sein.

32 Wolfgang J. Mommsen, Zur Entwicklung des Englandbildes der Deutschen seit dem 18. Jahrhundert, in: Lothar Kettenacker / Manfred Schlenke / Helmuth Seier (Hg.), Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluge, München 1981, S. 375–397, hier S. 375.

33 Christoph Jabr, „Das Krämervolk der eiteln Briten“. Das deutsche Englandfeindbild im Ersten Weltkrieg, in: Christoph Jabr (Hg.), Feindbilder in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorurteilsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Reihe Dokumente, Texte, Materialien / Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin 10), Berlin 1994, S. 115–142, hier S. 139–141; Mommsen, Zur Entwicklung des Englandbildes der Deutschen seit dem 18. Jahrhundert (wie Anm. 32), S. 377, 379f., 85–89.

34 Arnd Bauerkämper, The Denigration of British Fascism. Traditional Anti-British Stereotypes and Claims of Superiority in Nazi-Germany, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), Britain as a model of modern society? German views (Beiträge zur England-Forschung 56), Augsburg 2006, S. 147–167, hier S. 165.

35 Jan Rüger, Revisiting the Anglo-German Antagonism, in: The Journal of Modern History 83. Jg., 2011, S. 587–589.

teilt werden. Britische Geheimdienstberichte³⁶ und Oral History Studien³⁷ legen nahe, dass die Sowjetunion als größerer und sogar teilweise gemeinsamer Feind angesehen und eine „faire“ britische Besetzung erwartet wurde, obgleich diese Einschätzungen natürlich in dem Spannungsfeld von empfundener Befreiung und Niederlage zu sehen sind.³⁸

Insgesamt trafen auch die zentralen in der Forschung diskutierten Zustandsbeschreibungen auf die westfälische Gesellschaft der Nachkriegszeit zu: Not- und Zusammenbruchsgesellschaft,³⁹ Selbststilisierung als Opfergemeinschaft,⁴⁰ Abweisung von Verantwortung und Schuld für die Kriegsverbrechen und die Not der Nachkriegszeit⁴¹ sowie die Fokussierung auf kleine Gemeinschaften und die Familie, aber auch der Wille zum Wiederaufbau.⁴² Dass diese Befunde nicht nur das städtisch geprägte, westfälische Ruhrgebiet charakterisieren, sondern auch die ländlichen Regionen beschreiben, verdeutlichen die Monatsberichte der britischen Kreis Resident Officer Detmold und Herford. Sie heben diese „Resignation“ und „Nörgelsucht“ sowie Unsicherheit und eine pessimistische Zukunftserwartung in der Bevölkerung hervor.⁴³ Zudem beobachtete der Kreis Resident Officer Detmold, ähnlich wie andere Stimmungsberichte,⁴⁴ einen verbreiteten Egoismus:

36 Barbara Marshall, German Attitudes to British Military Government 1945–47, in: *Journal of Contemporary History* 15. Jg., 1980, S. 656.

37 Rainer Gries / Silke Satjukow, „Bankerte!“: Besatzungskinder in Deutschland nach 1945, Frankfurt, New York 2015, S. 40f. Martin Broszat (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26), München 1988. Zusammenfassend: Ulrich Herbert, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Lutz Niethammer / Alexander von Plato (Hg.), ‚Wir kriegen jetzt andere Zeiten‘. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960 3), Berlin 1985, S. 19–52.

38 Norbert Frei, Die Besatzungsherrschaft als Zäsur, in: Matthias Frese / Michael Prinz (Hg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven (Forschungen zur Regionalgeschichte 18), Paderborn 1996, S. 779–788, hier S. 782. – Die Debatte über die Funktionsfähigkeit des Dritten Reiches bis zur Kapitulation im Spannungsfeld von Volksgemeinschaft, Regimetreue, Verteidigungswille und Terror als Ausgleich des Vertrauensverlustes kann an dieser Stelle nicht weiter beleuchtet werden. Vgl. Albert Müller, Gesamtstatistik – ein Experiment, in: Götz Aly (Hg.), Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2007, S. 116–129, hier 116ff.; Ian Kershaw, Das Ende. Kampf bis in den Untergang: NS-Deutschland 1944/45, München 2011; Nicholas Stargardt, Der deutsche Krieg. 1939–1945, Frankfurt am Main 2015, S. 8.

39 Christoph Kleßmann, Befreiung durch Zerstörung – Das Jahr 1945 in der deutschen Geschichte, in: Jan-Pieter Barbian / Ludger Heid (Hg.), Zwischen gestern und morgen. Kriegsende und Wiederaufbau im Ruhrgebiet, Essen 1995, S. 32–43, hier S. 32–36.

40 Jörg Echternkamp, Nach dem Krieg. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit 1945–1949 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert), Zürich 2003, S. 212–214.

41 Wolfgang Kaschuba, Deutsche Wir-Bilder nach 1945. Ethnischer Patriotismus als kollektives Gedächtnis, in: Jörg Baberowski (Hg.), Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel (Eigene und fremde Welten 1), Frankfurt 2008, S. 295–329, S. 306–307; Foschepoth, Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besatzung (wie Anm. 20), S. 154f.; Norbert Frei, 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005, S. 150–155.

42 Kleßmann, Befreiung durch Zerstörung (wie Anm. 39), S. 37–39.

43 Bericht an die englische Feldpolizei vom 16. 12. 1946 und 16. 4. 1948, Kommunalarchiv Herford, D 527; Monatsbericht Monthly Report Kreis Detmold, 20. 11. – 15. 12. 1948, National Archives, FO 1013/0493.

44 Marshall, German Reactions to Military Defeat (wie Anm. 17), S. 223.

„With true Lippians’ indifference to matters, which do not immediately effect their own comfort and well being, they are dumb.“⁴⁵

Dieser Gesamtzustand mündete insbesondere seit der Währungsreform auf materieller und wahrnehmungsperspektivischer Ebene in einer Normalisierungs- und Wiederaufbauphase, die sich im Spannungsfeld von Modernisierung, Westernisierung, Liberalisierung und Restauration bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre erstreckte, um dann in einen beschleunigten Wandlungsprozess zu münden.⁴⁶ Diese bundespolitischen Forschungen wurden durch das Projekt „Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960“ des LWL Instituts für westfälische Regionalgeschichte in vielfältiger Weise für die regionale Ebene bestätigt.⁴⁷

Ergänzt werden muss dies durch ein, wie Willi Oberkrome es formulierte, „kulturräumlich-tribalistisch verstreutes Selbstbewusstsein“ der Westfalen, das bis weit in die 1950er Jahre das Stereotyp „westfälisch“ im Sinne von Bodenständigkeit, Bäuerlichkeit und Nüchternheit konnotierte.⁴⁸ Inwiefern dieses Selbstverständnis, das anhand von Texten namhafter Heimatschützer und der Analyse zeitgenössischer, münsteraner Regionalforschungen treffend herausgearbeitet worden ist,⁴⁹ in der heterogenen Bevölkerung Westfalens vertreten war, ist kaum quantifizierbar. Dennoch kann dies zumindest als Indikator für eine etwaige Disposition dienen, die für die ländlich geprägten Regionen eine gewisse Plausibilität aufweist.⁵⁰

Der Nahrungsmitteldiskurs

Die britische Verwaltung belebte das 1944 zusammengebrochene nationalsozialistische, provinziell hierarchisch strukturierte Versorgungssystem im Sinne der „indirect rule“ wieder. Ausgehend vom Hauptsitz des Ernährungsamtes Westfalen in Unna-Königsborn wurde somit versucht, die Versorgung der ca. 6 000 000 Westfalen durch Rationenzuteilungen zu sichern, die von der britischen Militärregierung festgelegt worden waren.⁵¹ Jedoch waren die Winter 1946/47 und

45 Monthly Report Kreis Detmold 17. 4. – 16. 5. 1949, National Archives FO 1013/0493.

46 Vgl. *Schildt*, Modernisierung im Wiederaufbau (wie Anm. 6); Anselm *Doering-Manteuffel*, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert (Kleine Reihe V & R 4017), Göttingen 1999, 15, 18f.; Ulrich *Herbert*, Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: Ulrich *Herbert* (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980 (Moderne Zeit 1), Göttingen 2002, S. 7–52, hier 14f.

47 Zusammenfassend: *Ziemann*, Modernisierung (wie Anm. 6), S. 425f.

48 Willi *Oberkrome*, Der Raum und seine Region. Anspruch und Grenzen westfälischer Kulturraumkonzeptionen 1920–1950, in: Karl *Ditt* / Klaus *Tenfelde* (Hg.), Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert (Forschungen zur Regionalgeschichte 57), Paderborn 2007, S. 363–386, hier S. 364–365.

49 Karl *Ditt*, Die Entwicklung des Raumbewusstseins in Rheinland und Westfalen, im Ruhrgebiet und in Nordrhein-Westfalen während des 19. und 20. Jahrhunderts. Charakteristika und Konkurrenzen, in: *Ditt/Tenfelde* (wie Anm. 48), S. 405–476, hier S. 433f.

50 Karl *Ditt*, Einleitung, in: Karl *Ditt* / Korbinian *Böck* (Hg.), Westfalen in der Moderne 1815–2015. Geschichte einer Region, Münster 2015, S. 13–23, hier S. 16.

51 Günter J. *Trittel*, Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945–1949) (Historische

1947/48 mit den anschließenden Frühjahren von enormen Versorgungsengpässen geprägt. Dies hatte, wie die Akten des Landesernährungsamtes zeigen, vor allem drei Gründe:

1. Eine zu geringe Versorgungsmenge aufgrund von Importausfällen
2. Enorme Transportschwierigkeit von der Nordseeküste nach Westfalen
3. Die ursprünglich als „Überschussgebiete“ vorgesehenen westfälischen Regionen Lemgo, Minden, Paderborn, Warburg und Halle erzielten zu geringe Ernteerträge aufgrund von Saatgut- und Düngermittelmangel, sodass diese Gebiete selbst auf Nahrungsmittelimporte angewiesen waren.⁵²

Neben dem Ruhrgebiet war insbesondere Bielefeld von Versorgungsengpässen betroffen, da die Stadt zunächst nicht als Notstandsgebiet deklariert wurde und somit keine zusätzlichen Lieferungen erhielt.⁵³

Das Fremdbild der westfälischen Bevölkerung bildete sich seit der Verschärfung der Krise im Jahr 1946 in der Auseinandersetzung mit den beschriebenen Komponenten der Nahrungsmittelversorgung heraus, wie das folgende Bilder rätsel, das in den Herforder Berichten an die englische Feldpolizei überliefert ist, berichtet:

Auf einem Bilde ist ein Mann zu sehen, der auf seinem Rücken Speck, Schinken, Wurst und Butter trägt. Vor seiner Brust hat er ein Paket trockener Brotkranten. Aus der linken Tasche des Jacketts ragt eine Zwiebel heraus, aus der rechten Jackett-Tasche zeigen sich vier Zwiebeln. In einer Hand hält der Mann eine brennende Kerze, in der anderen einen Leuchter.

Lösung: Die fetten Zeiten liegen hinter uns, vor uns die Zeit des Hungers. Früher hat uns einer gezwiebelt, jetzt zwiebeln uns Vier. Geht dir ein Licht auf, du Armleuchter.⁵⁴

Die Kernaussage dieser anschaulichen und symbolhaften Darstellung der zu erwartenden Hungerjahre und des Opferstatus ist in der Aufforderung an das deutsche Volk zu sehen, die Verantwortlichen für die Versorgungslage zu erkennen, sodass ein klarer Abgrenzungsprozess erkennbar wird. Sei dies zunächst Hitler bzw. das nationalsozialistische Regime gewesen, so können nun die vier Besatzungsmächte als Ursache des Leids identifiziert werden. Noch drastischer drückte diese Anklage ein in britischen Stimmungsberichten überlieferter „Witz“ aus – die deutsche Bevölkerung charakterisiert sich in diesem Kontext bezeichnenderweise selbst als Goldfisch:

Studien 3), Frankfurt 1990, S. 23–29. Im Detail: Landesarchiv NRW Abteilung Ostwestfalen-Lippe, M 1 I N Nr. 78.

52 Die Akten verzeichnen im Detail die Ex- und Importe einzelner Städte und Regionen. Überlieferung des Ernährungsamtes Westfalen: Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen, Landesernährungsamt. Ernährungsamt des Regierungsbezirks Detmold, Landesarchiv NRW Abteilung Ostwestfalen, M 1 I N; Die Akten der Ernährungsämter für die Regierungsbezirke Arnsberg und Münster sind nach dem bisherigen Recherchestand und den Aussagen der Archivare im Landesarchiv Münster nicht überliefert.

53 Werner *Plumpe*, Alltag bei Kriegsende. Überlebensstrategien von Bevölkerung und Wirtschaft im Übergang 1945/46, in: Jan-Pieter *Barbian* / Ludger *Heid* (Hg.), Zwischen gestern und morgen. Kriegsende und Wiederaufbau im Ruhrgebiet, Essen 1995, S. 158–172, hier S. 161, sowie Freie Presse, 29. 3. 1947. Obwohl der Pressebericht von einer Besserstellung Bielefelds berichtet, traten weitere Versorgungsengpässe auf.

54 Berichte an die englische Feldpolizei vom 30. 12. 1946, Kommunalarchiv Herford D 527.

A French-man, an Englishman and a Russian were standing in front of a pond with a goldfish swimming in it. The Frenchman took the fish out, banged it on the head, put it back and said: „Now it is dead“ – a few minutes later it was swimming about. The Russian took it out, hit it three or four times on the head, banged it on a stone and threw it back – again in half an hour it was swimming about. The Englishman announced that this was not the way in which to go about the matter – he drained all the water from the pond and said: „Now we can go, now it MUST die.“⁵⁵

Abgesehen von der verwunderlich negativen Bewertung des Briten im Kontext des Antikommunismus, unterstreicht der Witz jedoch auch explizit einen Vorwurf an die britische Besatzungsmacht: nämlich denjenigen des bewussten und perfiden Aushungerns. Die quantitative Verbreitung dieser Anklage wird in mehreren Umfrageauswertungen betont.⁵⁶ In den Stimmungsberichten finden sich zudem Aussprüche wie, das Ruhrgebiet sei „*ein Konzentrationslager ohne Stacheldraht*“ oder „*In India starving has always been the fashion*“. Dieses kolonialistische Konglomerat an Ausführungen verweist deutlich auf die Kontinuität der im Aushandlungskontext angesprochenen britischen Fremdbilder, die im Nationalsozialismus durch die Rezeption des Burenkrieges noch verstärkt worden sind.⁵⁷

Die ergänzende Kehrseite ist in der zugeschriebenen Verantwortung der Briten für die Verbesserung der Ernährungslage zu sehen. So hebt beispielsweise ein Bielefelder Polizeibericht im Oktober 1947, der an die übergeordnete britische Stelle gerichtet ist, hervor:

*Wohl vertritt die Bevölkerung die Ansicht, dass es in der Pflicht der Besatzungsmacht liege, die Ernährungslage zu verbessern.*⁵⁸

Dies forderten zudem auch die insgesamt 135 000 Teilnehmer der Hungermärsche in Dortmund, Gelsenkirchen und Bielefeld, wobei diese nicht nur die britischen, sondern auch die deutschen Verwaltungsbehörden in die Pflicht nahmen.⁵⁹ Diese Forderungen wurden bei den jeweiligen Reden im Rahmen dieser Kundgebungen vor allem durch die Selbstthematizierung als bittende Europäer und Weltbür-

55 ISC Report for period ending 27. November 1946, zitiert nach dem Anhang von *Marshall: German Attitudes to British Military*, S. 679.

56 Veröffentlicht: *British Zone Review* Vol. 1 No. 25, 31. 8. 1946: What the Germans think today. Interner Gebrauch: CCG German Reaction Report, 28. 7. 1947, National Archives, FO 1056/093; Survey of German Public Opinion, 13th Report on German Public Opinion, 21. 7. – 25. 8. 1947, National Archives FO 1056/093. Siehe auch: *Schulze*, A difficult Interlude (wie Anm. 18), S. 79–81; *Foschepoth*, Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besatzung (wie Anm. 20), S. 156.

57 Steffen *Bender*, Der Burenkrieg und die deutschsprachige Presse. Wahrnehmung und Deutung zwischen Bureneuphorie und Anglophobie 1899–1902. Diss. Univ. Tübingen 2008, (Krieg in der Geschichte 52) Paderborn 2009, S. 120; Tim *Ebner*, Nationalsozialistische Kolonialliteratur. Koloniale und antisemitische Verräterfiguren „hinter den Kulissen des Welttheaters“ (Genozid und Gedächtnis), Paderborn 2016.

58 Bericht der Polizeibehörde der Stadt Bielefeld an HQ CCG BAOR, 5. 4. 1948, Stadtarchiv Bielefeld, 171/Oberbürgermeister.

59 Christoph *Kleßmann* / Peter *Friedemann*, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946–1948 (Campus paperbacks: Sozialgeschichte), Frankfurt 1977, S. 49.

ger unterstrichen, um somit eine größere moralische Legitimität zu sichern.⁶⁰ Im Sommer 1948 wurde diese strukturelle Versorgungsmisere durch bessere Ernten, Marshall-Plan-Förderung, zusätzliche Importe und Care-Pakete aufgelöst.

Der Demontagediskurs

Bevor die Demontageliste 1947 verkündet worden war, waren in der britischen Zone nur wenige Industrieanlagen demontiert worden. Die Demontageliste legte dann einen quantitativen Schwerpunkt auf das Land Nordrhein-Westfalen. Von den insgesamt 294 ausgewiesenen Betrieben befanden sich 163 in Westfalen, von denen sich ca. 50 % im westfälischen Ruhrgebiet konzentrierten. Wenig betroffen waren hingegen die Bezirke der Industrie- und Handelskammern Detmold (3 Unternehmen) und Münster (19 Unternehmen).⁶¹ Nach Schätzungen Werner Abelshausers sind jedoch lediglich 38 % der festgelegten Industriekapazitäten demontiert worden.⁶² Neben dem weltpolitischen Wandel war diese geringe Anzahl vor allem auf den deutschen Protest in den Kommissionsverhandlungen und der Öffentlichkeit zurückzuführen.⁶³ So formierte sich, angeführt von Unternehmern und flankiert durch Politik und Gewerkschaft, eine breite Protestfront,⁶⁴ die die Demontagefrage zu einer „Existenzfrage des deutschen Volkes“ stilisierte – so die Denkschrift der Industrie- und Handelskammer des Landes Nordrhein-Westfalen als direkte Reaktion auf die Veröffentlichung der Demontageliste.⁶⁵ Ausgehend von solchen Denkschriften, die das Informationsmonopol

60 Vgl. hierzu: die Zeitungsberichte *Westfalen-Zeitung*, 13. 5. 1947: Notschrei nach Brot. *Westdeutsches Volks-Echo*, 23. 5. 1947: Gemeinsam den Hunger bezwingen. *Freie Presse (FP) Bielefeld*, 10. 5. 1947: Dringender Appell an die Besatzungsmächte!

61 Vgl. die Aufstellungen in der Denkschrift der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen: Die Demontageliste für das Land Nordrhein-Westfalen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, Düsseldorf 1947, *Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund*, S 4/9 Demontagen im Ruhrgebiet.

62 Werner *Abelshauer*, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945 (Beck'sche Reihe 1587)*, München 2004, S. 161.

63 Allan *Kramer*, *British Dismantling Politics 1945–49. A Reassessment*, in: Ian D. *Turner* (Hg.), *Reconstruction in post-war Germany. British occupation policy and the Western Zones, 1945–55*, Oxford 1989, S. 125–154, S. 152; Daniel *Gossel*, *Briten, Deutsche und Europa. Die deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945–1962*, Nürnberg 1999; *ders.*, *Deutschland und die Sicherheit Europas (Historische Mitteilungen Beiheft 32)*, Stuttgart 1999, S. 223f.; Heather J. *Yasamee*, *Großbritannien und die Westintegration der Bundesrepublik 1948–1951*, in: Ludolf *Herbst* (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 30)*, München 1990, S. 535–560, hier S. 535f.

64 Martina *Köchling*, *Die Demontagepolitik im Spannungsfeld von alliierter Anspruch und deutscher Wirklichkeit*, in: Jan-Pieter *Barbian* / Ludger *Heid* (Hg.), *Zwischen gestern und morgen. Kriegsende und Wiederaufbau im Ruhrgebiet*, Essen 1995, S. 172–184, hier S. 178; Martina *Köchling*, *Demontagepolitik und Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 40)*, Essen 1995, S. 116–118 u. S. 341.

65 Denkschrift der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Denkschrift ist als Digitalisat der Bibliothek des Seminars für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität zu Köln online einsehbar (http://www.digitalis.uni-koeln.de/Demontage/demontage_index.html).

der Unternehmer widerspiegelten und somit diskurstragend wirkten,⁶⁶ verbreitete sich über die Presse, Informationshefte von Gewerkschaften und auch wissenschaftliche Publikationen, die in ihrem eigentlichen Zweck der Demontageabwehr galten, das vermittelte Britenbild. Dieses knüpfte grosso modo an das historisch determinierte Britenbild an und charakterisierte diesen in abgrenzender Perspektive als vom kapitalistischen Rivalitätsstreben durchtriebenen Besatzer, der die deutschen vom Weltmarkt verdrängen wolle.

Sehr breitenwirksam – Ahrens schätzt den Verbreitungsgrad unter Berufung auf britische Zeitungsartikel auf 0,5 Mio. Deutsche⁶⁷ – wurde das Bild durch die sogenannte „Demontagefibel“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Eisenbahnhüttenleute vermittelt.⁶⁸ Diese wurde mit einer Auflage von 120 000 Heften kostenlos unter der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets verteilt und war insgesamt comichaft gestaltet und stark bebildert. Die bereits auf Seite zwei des Hefes aufgeworfene Leitfrage „*Marshall-Plan gegen Industriedemontage?*“ wird im Anschluss umgehend wie folgt beantwortet:

Kein Deutscher begreift den idiotischen Widerspruch zwischen dem Marshallplan auf der einen Seite und der absichtlichen Zerstörung von friedlichen Produktionskapazitäten in Deutschland auf der anderen Seite, und 99 % der Deutschen sind überzeugt, dass hinter alledem die wirtschaftliche Rivalität auf dem Weltmarkt steht.

Auch wenn britische und deutsche Umfragen aus den Jahren 1947 und 1951 die argumentative „99 %“-ige Überzeugung nicht bestätigen, so zeigen sie dennoch die weite gesellschaftliche Verbreitung dieser These.⁶⁹ Selbst in den Kreisen Detmold, Herford und Lemgo, die nur geringfügig von der Demontage betroffen waren, zeugen die monatlichen Stimmungsberichte von diesem Fremdbild.⁷⁰ So wird beispielsweise von den Beschwerden eines Lemgoer FDP-Abgeordneten bezüglich der Demontage der Fischer-Tropsch-Werke in Dortmund berichtet. Dies veranschaulicht zudem exemplarisch die Einheitlichkeit und Breite der Protestfront.⁷¹

Ein ähnliches Bild vermittelten wirtschaftswissenschaftliche Studien, die in dieser Phase die klare politische Intention des Demontagestopps verfolgten. Die

66 Köchling, Demontagepolitik (wie Anm. 64), S. 182f.

67 Hanns D. Ahrens, Demontage. Nachkriegspolitik der Alliierten, München 1982, S. 140–143. Hanns Ahrens war als Berater diverser Unternehmen und Betriebsräte an dem Geschehen beteiligt.

68 Deutscher Gewerkschaftsbund / Verein deutscher Eisenbahnhüttenleute: Demontage? Düsseldorf 1948 („Demontagefibel“), Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, S 4/9 Demontage im Ruhrgebiet.

69 Survey of German Public Opinion, 13th Report on German Public Opinion, 21. 7. – 25. 8. 1947, National Archives, FO 1056/093. Elisabeth Noelle-Neumann / Erich Peter Neumann (Hg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1947–1955, Allensbach 1956, S. 140.

70 Bericht an die englische Feldpolizei 28. 10. 1947, Kommunalarchiv Herford, D 527; Monatsbericht Detmold, 20. 11. – 15. 12. 1948, National Archives, FO 1013/0493. Bei einer Befragung von 5000 Deutschen sahen ca. 50 % das Hauptbesatzungsziel der Briten in der Zerstörung der deutschen Industrie.

71 Monatliche Berichte Kreis Lemgo, 16. 5. – 16. 6. 1949, National Archives, FO 1013/0532. Die Argumentation folgt der Denkschrift der IHK Dortmund zur Demontage der Fischer Tropsch-Synthese Werke im Kammerbezirk, 1949, siehe Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, S 4/9 Demontage im Ruhrgebiet.

einflussreichsten sind Prof. Dr. Wilhelm Hasenack, dem Leiter der betriebswirtschaftlichen Abteilung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für praktische Wirtschaftsforschung und Berater der Landesregierung bei den Demontageverhandlungen, zuzuschreiben. Wie Briefwechsel der einzelnen Industrie- und Handelskammern belegen, wurde sein zweibändiges Werk zur Demontage mit dem Titel „Betriebsdemontage als Reparationsform“⁷² an die führenden westfälischen Unternehmer verteilt.⁷³ Im ersten Band dekonstruiert Hasenack die Beweggründe der Demontagepolitik. Hierzu zeigt er den aus seiner Perspektive wahrgenommenen Wandel der Beweggründe auf, die sich von den ursprünglichen Aspekten der Wiedergutmachung und Beseitigung des deutschen Kriegspotentials zu den Motiven der Konzentration der Erzeugung zur Einsparung der Transport- und Energiekosten und der Beseitigung überschüssiger Kapazitäten zur Verbesserung der Lebensstandards verändert hätten.⁷⁴ Das vertretene Britenbild wird dann jedoch in den vermuteten bzw. vorgeworfenen Gründen deutlich, nämlich der Förderung der Wirtschaftlichkeit des Auslandes, der Zerschlagung der deutschen Wirtschaftskraft und der Begünstigung ausländischer Interessen, um letztendlich die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt nachhaltig auszuschalten.⁷⁵ Die daraus resultierende deutsche Hass- und Verzweiflungsstimmung hebt Hasenack dann im zweiten Band seines Werkes hervor, die zudem noch durch die Unmöglichkeit der Selbsthilfe unter den Bedingungen der Demontage und des deutschen Beitrags zum Wiederaufbau Europas bestärkt werde – eine europäische Selbstthematisierung, die in diversen Denkschriften vorzufinden ist.⁷⁶

Beschlagnahmungsdiskurs

Nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch die übrigen Regionen Westfalens litten unter einem enormen Wohnraummangel in der Nachkriegszeit, der durch Bombardierung, Zuzug von Vertrieben und Displaced Persons, aber auch britische Beschlagnahmungen⁷⁷ hervorgerufen wurde.⁷⁸ Obwohl die Wiederaufbautätigkeit

72 Wilhelm *Hasenack*: Betriebsdemontage als Reparationsform. Beweggründe und Zeitpunkt der Demontage-Aktion, Essen 1948. und Wilhelm *Hasenack*: Wirtschaftsgefahren an der Ruhr durch Demontagen, Köln 1948.

73 Die Briefwechsel sind enthalten in: Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, Industrie- und Handelskammer Dortmund, K 1 Nr. 2256.

74 *Hasenack*, Betriebsdemontage, S. 44–87.

75 Ebd., S. 88ff.

76 *Hasenack*, Wirtschaftsgefahren, S. 6–8. Vgl. bspw. die bereits genannte Denkschrift der IHKs des Landes Nordrhein-Westfalens oder auf betrieblicher Ebene: Einspruch gegen Demontage. Nr. 117 der Demontageliste: Westfälische Drahtindustrie, Hamm (Westfalen), Hamm 1947, überliefert im Stadtarchiv Hamm.

77 Diese Thematik wurde erstmals wissenschaftlich umfassend im Forschungsprojekt „Briten in Westfalen“ bearbeitet und wird daher an dieser Stelle ausführlicher behandelt. Vgl. für weitere Details zur Beschlagnahmungspraxis Bettina *Blum*: ‚My home, your castle‘. The requisitioning of houses and urban quarters by the British military government in Westphalia 1945–1955 – interactions between the occupiers and the occupied, in: Camilo *Erlichman* / Christopher *Knowles* (Hg.): Transforming Occupation: Power Politics, Everyday Life, and Social Interactions in the Western Zones of Occupied Germany, 1945–1955, London 2018 (im Druck).

78 Hartmut *Pietsch*, Militärregierung und kommunale Politik in den ersten Nachkriegsjahren – das Beispiel der Ruhrgebietsstädte (1945–1948), in: Jan-Pieter *Barbian* / Ludger *Heid* (Hg.), Zwischen ges-

ten und Wohnungsbauprogramme sowie erste Freigaben die Wohnraumnot stetig minderten, radikalisierte sich die Debatte um die britischen Beschlagnahmungen zu Beginn der 1950er Jahre im Spannungsfeld von politisch proklamierter Gleichrangigkeit und rechtlich eingeschränkter Souveränität, zumal selbst 1955 noch 15 333 Wohnungen in NRW beschlagnahmt waren.⁷⁹ Die wortführenden Akteure im öffentlichen Raum waren die Notgemeinschaften der Besatzungsgeschädigten, die sich hauptsächlich aus den enteigneten Eigentümern zusammensetzten und eine Rückgabe des beschlagnahmten Wohnraums forderten.⁸⁰ Diese gründeten sich nachweislich in den Orten Detmold, Bünde, Herford, Minden, Lübbecke, Bad Oeynhausen, Bad Salzuflen, Gütersloh und Bielefeld.⁸¹ Aufgrund der überregional rezipierten Tätigkeiten kann insbesondere die Notgemeinschaft Detmold als mediales Zentrum angesehen werden.⁸² Den Versammlungen auf Verbandsebene ist zu entnehmen, dass in den wesentlichen inhaltlichen Grundsätzen Einigkeit herrschte.

Die zentrale Forderung, die Rückgabe der von britischen Familien bewohnten Häuser, wurde nicht nur bei den noch näher zu untersuchenden Protestaktionen oder Versammlungen kundgetan, sondern auch bewusst über die Presse öffentlichkeitswirksam verbreitet. Neben einer Fülle an wörtlichen Zitationen in Presseberichten wird dies durch überlieferte Informationsschreiben für sowie Briefwechsel mit Pressevertretern belegt, die sich in der Überlieferung im Detmolder Landesarchiv befinden.⁸³

Als wesentliche Rechtfertigungsmuster für die Rückgabe des Wohnungseigentums wurden die Haager Landkriegsordnung und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland angeführt. Die Notgemeinschaften, die Besatzungsmächte und die Bundesregierung vertraten jedoch, gerade unter der Berücksichtigung des Besatzungsstatuts, unterschiedliche juristische Positionen, die bezüglich der Beschlagnahmungspraxis an sich und der Unterkunft der Familienangehö-

ten und morgen. Kriegsende und Wiederaufbau im Ruhrgebiet, Essen 1995, S. 44–73, S. 72; Georg Wagner, Sozialstaat gegen Wohnungsnot. Wohnraumbewirtschaftung und sozialer Wohnungsbau im Bund und in Nordrhein-Westfalen 1950–1970 (Forschungen zur Regionalgeschichte 11), Paderborn 1995, S. 24; Michael Hallerberg / Fabian Kindt / Arbeitskreis ostwestfälisch-lippische Archive (Hg.), Heimat für Fremde? Migration und Integration in Deutschland vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart mit Beispielen aus Ostwestfalen Lippe (Schriften des Landeskirchlichen Archivs der Evangelischen Kirchen von Westfalen 16), Bielefeld 2011, S. 29–123. – Nach einer britischen Aufstellung waren 2 % des Wohnungsbestandes beschlagnahmt: National Archives, FO 1051-0150,

79 Niederschrift über die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes NRW der Besatzungsgeschädigten am 14. 5. 1955 in Dortmund, LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 4.

80 Insgesamt ist diese Thematik in den Kontext der Besatzungskosten einzubetten. Vgl. Die illustrierende Denkschrift über die Besatzungskosten in den Landkreisen des Landes Nordrhein-Westfalen von 1948 sowie den Gesetzesvorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände der Besatzungsgeschädigten von 1949, der in modifizierter Form 1953 im Bundestag durchgesetzt wurde und die Entschädigungen erhöhte sowie die Entschädigungspraxis aus Geschädigtenperspektive gerechter und effizienter gestaltete. Überliefert in: Stadtarchiv Münster, Kreis C, Nr. 182.

81 Vgl. die Teilnehmerliste der Jahreshauptversammlung des Landesverbandes NRW der Besatzungsgeschädigten, 14. 5. 1955, LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 4.

82 Vgl. etwa: British Resident Paderborn an den Stadtdirektor Detmold, 19. 6. 1953, Stadtarchiv Detmold, D 106/1653.

83 Vgl. insgesamt LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 1–5.

rigen differierten.⁸⁴ Diese rechtlich umstrittenen Rechtfertigungsmuster ergänzte die Notgemeinschaft daher um eine moralische Akzentuierung, auf die der folgende Ausspruch eines Flugblattes hinweist, das an die britischen Bewohner beschlagnahmter Häuser verteilt wurde:

*One word, said by Mr. Attlee: England won the war, but it lost an Empire, would read England won the war but it lost more than an Empire.*⁸⁵

Neben der Provokation durch den Verweis auf die britischen Lasten des Weltkrieges, die gerade noch zu Beginn der 1950er Jahre deutlich wurden, wird den Briten der moralische Legitimitätsverlust vorgeworfen. Zugespitzt drückte sich dieser im diskurstragenden Bild des Kolonialherrn aus, das an die historischen Fremdbilder anknüpfte. So griffen die Besatzungsgeschädigten u. a. bei den zentralen Reden während der Frauenkundgebung am 9. 2. 1952 in Detmold und der Kundgebung am 25. 4. 1953 auf dem Detmolder Marktplatz konkret auf dieses Bild zurück:

*Wir sind tatsächlich keine Kolonie. Wir bringen nicht die Geduld orientalischer und asiatischer Völker auf, die 40 und mehr Jahre gebraucht haben, bis sie zur Selbsthilfe griffen.*⁸⁶

Diese angedeutete Drohung, im Verweis auf die kolonialen Unruhen im britischen Empire,⁸⁷ spiegelt sich auch im bereits angesprochenen Flugblatt wider:

*Germany is not a Colony of the Allied Forces, and the Germans will know how to resist Colonial measures.*⁸⁸

Der öffentlichkeitswirksamste Protest entwickelte sich aus dem sogenannten „Fall Rumbke“, der Korrespondenzen zufolge in Großbritannien sowie im Bundeskanzleramt und Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen rezipiert wurde.⁸⁹ Am 8. 9. 1952 drang die Kriegswitwe Alwine Rumbke in ihr von den britischen Streitkräften beschlagnahmtes, aber leerstehendes Haus ein und besetzte dies für insgesamt 15 Tage.⁹⁰ Nachdem zahlreiche Verhandlungen mit der britischen Besatzungsmacht sowie deutschen Behörden geführt und zwei Ultimaten ignoriert worden waren, verließ Frau Rumbke unter der Androhung der gewaltsamen Räumung das Haus.⁹¹ Dabei verwies sie – repräsentativ für alle Besatzungsgeschädigten – auf das Leid, das ihr dies bereitete.⁹² Flankiert wurde diese

84 Dies belegt mit weiteren rechtlichen Erklärungen ein Schreiben des amerikanischen Hochkommissars Walter J. Donnelly an den Residenzoffizier in Wiesbaden, LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 3. Im Kern betrifft diese Debatte den Konflikt zwischen dem Anspruch des Individuums auf die Unversehrtheit des Eigentums und der Festlegung des Wohnraumbedarfs alliierter Truppen sowie der Requirierungspraxis nach dem Grundgesetz und Besatzungsstatut.

85 Ebd.

86 Vgl. die Skripte, LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 2, 3. Zudem findet sich dieses Bild konkret in diversen Korrespondenzen.

87 Vgl. für einen kompakten Überblick Franz-Josef Brüggemeier, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert* (Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), München 2010.

88 Siehe LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 1.

89 Im Sammlungsbestand LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 2 finden sich die jeweiligen Anschreiben der Notgemeinschaft bzw. von Alwine Rumbke mit den entsprechenden Antwortschreiben.

90 Vgl. *Westfalen-Zeitung* (WZ) *Neue Lippische Rundschau*, 11. 9. 1952.

91 *WZ Neue Lippische Rundschau*, 23. 9. 1952.

92 *FP Lippisches Volksblatt*, 23. 9. 1952.

Besetzung von Sympathiebekundungen der regionalen Politiker sowie zahlreichen Demonstrationen der ostwestfälisch-lippischen Notgemeinschaften.⁹³ Die Proteste der Besatzungsgeschädigten und ihrer Unterstützer sind detailliert und abgebildet in den regionalen Zeitungen wiedergegeben worden. So ist auch die folgende Parole, die auf Schildern mitgeführt und auf Bannern präsentiert wurde, überliefert:

*Mein Haus, meine Burg. My home, my castle.*⁹⁴

Dieser Ausspruch verdeutlicht den zentralen symbolischen Grenzziehungsprozess, der sich innerhalb der Beschlagnahmungsdebatte widerspiegelt und diesen für die Untersuchung der Fremdbilder besonders ertragreich gestaltet, da die eigene Wohnung als Schutz- und Rückzugsort diese katalysierte. Der damit verbundene Exklusionsprozess wurde zudem musikalisch unterstrichen, indem die protestierende Menge nach den von Frau Rumbke abgewiesenen Verhandlungen das Deutschlandlied anstimmte und somit die Abgrenzung zwischen Eigen und Fremd definierte.⁹⁵

Unter den von Axel Schildt herausgearbeiteten Häuslichkeitsbestrebungen der 1950er Jahre und der Fokussierung auf das Eigene und Familiäre werden so die emotionalen Äußerungen der Geschädigten verständlich.⁹⁶ Diese spitzen sich in den Berichten über die den Briten vorgeworfene verschwenderische Lebensweise zu. Die regionale Presse und diverse Redner verbreiteten Geschichten über ungenutzte sowie verfallende Häuser,⁹⁷ unterbelegte Wohnungen,⁹⁸ verwaiste Gärten⁹⁹ und die Umfunktionierung des deutschen Eigentums zur Tierhaltung.¹⁰⁰

Das Bild des verschwenderischen Briten prägte auch die notgemeinschaftliche Wahrnehmung des „Herforder Plans“. Dieser wurde 1950/51 von der Herforder Stadtführung entwickelt, um den Besatzungsgeschädigten eine Rückkehr in ihre Häuser und Wohnungen zu ermöglichen. Hierzu besichtigte eine Kommission aus deutschen und britischen Vertretern diverse Besatzungswohnungen, um diese auf die Tauglichkeit für das Zusammenwohnen von Deutschen und Briten zu prüfen und dies gegebenenfalls unter Zustimmung der Beteiligten zu arrangieren. Auf Empfehlung der deutschen Bundesregierung wurde diesem Plan nachweislich in den Städten Herford, Lemgo und Detmold nachgegangen.¹⁰¹ Während in Herford ca. 150 deutschen Familien eine Rückkehr in die entsprechenden Häuser ermöglicht wurde und das deutsch-britische Zusammenleben teilweise von

93 WZ Neue Lippische Rundschau, 13. 5. 1952; FP Lippisches Volksblatt, 19. 9. 1952.

94 Lippische Landeszeitung, 12. 9. 1952.

95 FP Lippisches Volksblatt 13. 9. 1952.

96 Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre* (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 31), Hamburg 1995.

97 FP Lippisches Volksblatt, 13. 9. 1952; WZ Neue Lippische Rundschau, 10. 2. 1953

98 FP Lippisches Volksblatt, 20. 4. 1953.

99 FP Bünde, 24. 9. 1952.

100 WZ Neue Lippische Rundschau, 18. 2. 1953; WZ Neue Lippische Rundschau, 7. 3. 1953.

101 Brief von Hermann Thöne (Herford) an General Lingham, Düsseldorf 29. 12. 1951, National Archives, FO 1013-2427.

freundschaftlichen Verhältnissen geprägt gewesen sei,¹⁰² scheiterte der Plan in den Städten Detmold und Lemgo – aus britischer Perspektive aufgrund der durch die Proteste befeuerten kritischen Stimmung, aus der Perspektive der Besatzungsgeschädigten aufgrund der überhöhten britischen Ansprüche.¹⁰³

Aus dem Bild des Verschwendertums speisten sich Ungerechtigkeits Erfahrungen, die sich mit der Forderung nach Gleichberechtigung verbanden. Diese drückte sich im bereits skizzierten „Fall Rumbke“ explizit in der folgenden, auf ein Plakat gedruckten Parole aus:

*Gleichberechtigte Vertragspartner sind keine Befehlsempfänger der Besatzungsmacht.*¹⁰⁴

Kontextualisiert werden kann dieser Ausspruch durch die bereits in der Einleitung zitierte Denkschrift, die die Besatzungsgeschädigten verbreiteten.¹⁰⁵ In dieser knüpften sie an den von Adenauer proklamierten Wandel „aus den Gegnern von gestern seien Freunde von morgen geworden“ im Rahmen der Unterzeichnung der EVG-Verträge an. Sie forderten damit eine Änderung der britischen Haltung in den regionalen Begegnungen, die durch die Betonung des Gaststatus noch hervorgehoben wird – so nochmals:

*Nicht der Name – „Besatzungstruppe“ od. „Schutztruppe“ – ist ausschlaggebend für die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit, sondern allein die Haltung und Verständigungsbereitschaft unserer ausländischen „Gäste“!*¹⁰⁶

Der dargelegte Begründungszusammenhang spiegelt auch die Selbstthematisierung bzw. deren argumentative Nutzung wider. Pointiert wird dies in einem Schreiben der Notgemeinschaft an das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, in dem hervorgehoben wird, dass sich der Protest nicht gegen die Schutztruppen an sich richte, sondern lediglich „gegen die Anwesenheit britischer Familien in deutschem Privateigentum“.¹⁰⁷ Den Willen zur europäischen Zusammenarbeit drückt die „Jugend der Besatzungsgeschädigten von Ostwestfalen-Lippe“ in einer Resolution an Bundeskanzler Adenauer aus, die zudem durch regionale Zeitungen verbreitet wurde.¹⁰⁸ So sei der britische Mangel an „Hilfsbereitschaft, Verständigungswillen und Menschlichkeit“ im „kolonialistischen Verständnis[s] von Gleichberechtigung“ auf der regionalen Ebene der Begegnungen

102 FP Herforder Tageszeitung, 29. 4. 1953. sowie Die Welt, 29. 2. 1952: Zwei Nationen unter einem Dach. Zudem Mindener Tageblatt, 13. 8. 1951: Eine historische Studie der deutsch-englischen Beziehungen.

103 Dies wird zunächst auch im „Weissbuch über ‚Herforder Plan‘“ dargelegt, das die Herforder Gemeinde an General Lingham verschickte, National Archives, FO 1013/2427. Im Anschluss daran wird der Plan in Herford bestimmter vorangetrieben, wie die in diesem Bestand erhaltenen Briefwechsel verdeutlichen. – Für Detmold und Lemgo vgl. die Akten des Deutsch/Englischen Ausschusses für die Stadt Detmold (Kommission), Stadtarchiv Detmold D106 A, Nr. 1678.

104 Lippische Zeitung, 12. 9. 1952. Der Fettdruck ist der Plakatdarstellung entnommen.

105 Denkschrift „Gleichberechtigung?“, LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 2. Siehe auch FP Herforder Tageszeitung, 8. 4. 1953.

106 Ebenda

107 Schreiben der Notgemeinschaft Detmold an den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, 12. 9. 1952, LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 2.

108 Vgl. die Resolution vom 15. 4. 1953, LAV NRW OWL, D 107 T, Nr. 3. Sowie FP Bad Oeynhhausen, 6. 12. 1952; FP Herforder Tageszeitung, 16. 8. 1952; FP Herforder Tageszeitung, 25. 9. 1952.

zu überwinden, um somit eine Freundschaft zu ermöglichen. Die daraus resultierende Rückgabe des beschlagnahmten Wohnungseigentums sei wiederum die wesentliche Voraussetzung für einen gerechtfertigten deutschen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der Aufstellung einer europäischen Armee. Folglich wurden auch die an sich kritischen gesellschaftlichen Debatten zur deutschen Wiederaufrüstung mit dem Britenbild verbunden, um somit auch die Bedeutsamkeit und die Protestreichweite zu erhöhen.¹⁰⁹

Dass dieser europäische Inklusionsgedanke jedoch nur eine begrenzte Verbreitung innerhalb der Notgemeinschaften genoss und in diesem Sinne vor allem als argumentative Hilfestellung anzusehen ist, zeigt sich in den innerdeutschen Konfliktlinien. Gerade in den Jahren von 1953 bis 1955 gerieten immer mehr lokale Politiker und Verwaltungsstellen sowie die Bundesregierung und die zugehörigen Behörden in die Kritik der Notgemeinschaften. Die zentralen Vorwürfe waren einerseits die geringe Berücksichtigung der Interessen der Besatzungsgeschädigten und andererseits sogar die bewusste Kooperation mit den britischen Stationierungskräften gegen die Notgemeinschaften.¹¹⁰ Die damit einhergehende Forderung einer notwendigen geschlossenen Zusammenarbeit der deutschen Kräfte gegenüber den Briten verdeutlicht das Primat der regional-deutschen Interessen.¹¹¹ Die Kritik an diesen Diskurskonstellationen verschärfte sich nochmals in den Jahren 1955 und 1956, in denen das Land Nordrhein-Westfalen gegen zahlreiche Bürger aufgrund der eigenverantwortlichen „Zurückbesetzung“ ihres Wohnungseigentums klagte.¹¹² Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Fall Rahmöller in Herford. Im Kontext der Verhandlungen wurde sowohl in der Presse als auch in zahlreichen Veranstaltungen über den Mangel an deutscher Souveränität¹¹³ sowie das „britische Prestige“, das das Gerichtsverfahren verursacht habe,¹¹⁴ diskutiert.

Wie im Fall Rahmöller, der durch die vorgezogene Zuteilung einer Wohnung an die britischen Mieter beendet wurde, legten sich die Konflikte mit dem forcierten Bau von Unterkünften im Rahmen des Schäfferprogramms seit 1954, das einen Austausch der beschlagnahmten Wohnungen durch Neubauten vorsah und somit einen der zentralen Lösungsvorschläge der Besatzungsgeschädigten aufgriff.¹¹⁵ Formell wurden die Beschlagnahmungen durch das „Gesetz über die vorläufige Fortgeltung der Inanspruchnahme von Gegenständen für Zwecke ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder“ beendet, das als letzten Rückgabetermin

109 Ulrich *Herrmann*, *Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte* (Materialien zur historischen Jugendforschung), Weinheim 2002, S. 313–405.

110 Vgl. u. a. den Kooperationsvorwurf an den Detmolder Regierungspräsidenten Dr. Galle in FP Lippisches Volksblatt, 27. 4. 1953, Rede in Bielefeld am 8. 5. 1954, sowie diverse Schreiben an die Ministerien. Dass die Handlungsmöglichkeiten aufgrund des Besatzungsstatuts relativ gering waren, negierten bzw. relativierten die Notgemeinschaften.

111 Vgl. z. B. die Kundgebung auf dem Marktplatz in Detmold am 25. 4. 1953, LAVNRW OWL, D 107 T, Nr. 3.

112 FP, 18. 11. 1955.

113 FP 22. 11. 1955.

114 FP, 18. 11. 1955.

115 Westfalen-Zeitung Herford, 26. 11. 1955.

den 31. 12. 1956 vorsah, obgleich einige Wohneinheiten erst im Jahr 1958 zurückgegeben wurden.¹¹⁶

Aufgrund der umfangreichen Berichterstattung zu den Fällen Rahmöller und Rumbke sowie den öffentlichkeitswirksamen Protesten ist von einer breiten Rezeption der Forderungen der Besatzungsgeschädigten und damit einhergehend des Fremdbildes auszugehen. Zudem sahen einer Allensbacher-Umfrage zufolge 14 % der Deutschen den Luxus der Besatzungsmächte als ihren größten Fehler an.¹¹⁷ Gegen eine breite Teilung der Forderungen ist jedoch einzuwenden, dass 1955 lediglich 2000 Menschen bei ca. 15 000 beschlagnahmten Wohnungen in den Notgemeinschaften Nordrhein-Westfalens organisiert waren, obgleich das Fernbleiben weniger solventer Bevölkerungsgruppen durch die Beitragspflicht relativiert werden kann.¹¹⁸ Zudem befanden sie sich in einem Opferkonkurrenzverhältnis zu den Vertriebenenverbänden, sodass diese Verbände und deren Sympathisanten die Notgemeinschaften beispielsweise aufgrund der Entschädigungspraxis kritisierten.¹¹⁹

Manöverdiskurs

Diese Vorwürfe spiegeln sich auch in der Auseinandersetzung mit den Manövern wider. Die Hauptlast der Manöver hatte in den 1950er Jahren die Region Ostwestfalen-Lippe zu tragen.¹²⁰ Von den durchschnittlich 400 Manövern innerhalb eines Jahres fand ein Großteil insbesondere in den Kreisen Büren, Paderborn, Höxter, Detmold, Warburg, Lemgo, Lippstadt und Brilon statt, wobei Großmanöver zur Schonung der Ernte im Herbst und kleinere Manöver über das gesamte Jahr verteilt stattfanden. Als Gründe hierfür nannte das Militär

1. die besonderen abwechslungsreichen topographischen Bedingungen des Landes im Sinne von Flüssen, Wäldern und Bergen
2. die kurzen Anfahrtswege aus den ostwestfälisch-lippischen Kasernen
3. die Nähe zur deutsch-deutschen Grenze und damit das Üben des Verteidigungsfalls

116 Vgl. den Gesetzesentwurf und die entsprechende Korrespondenz mit dem Bundestag, LAVNRW OWL, D 107 T, Nr. 5. Erläuterungen der Notgemeinschaft zum Schäfferprogramm, LAVNRW OWL, D 107 T, Nr. 4.

117 *Noelle-Neumann/Neumann*: Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1947–1955, S. 140.

118 Leider konnte keine Überlieferung der Mitgliederzahlen für die übrigen Jahre aufgefunden werden. Die genannten Zahlen sind entnommen aus der Niederschrift über die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes NRW der Besatzungsgeschädigten 1955, LAVNRW OWL, D 107 T, Nr. 4.

119 Robert G. *Moeller*, Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Folgeopfer. Opferaussgleich und Identitätspolitik, in: Klaus *Naumann* (Hg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 29–58.

120 Diese und die nachfolgenden Informationen gehen aus einem Briefwechsel zwischen einem Verbindungsoffizier und dem Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen vom 13. 2. 1963 hervor, der die enormen Schäden und Manöverbelastungen im Landkreis Büren thematisiert, LAVNRW OWL, D 1, Nr. 16417.

Jedoch hatten deutsche Behörden bis zum NATO-Zusatzabkommen im Jahr 1963 keinen rechtlich-verbindlichen Einfluss auf die Auswahl der Manövergebiete, sondern lediglich das Recht, unverbindliche Gegenvorschläge zu unterbreiten.¹²¹ Wie interne Handbücher und entsprechende Anweisungen jedoch zeigen, bemühten sich die britischen Streitkräfte bereits seit 1950 um eine Reduzierung der Manöverschäden und der damit verbundenen Beeinträchtigung des deutsch-britischen Zusammenlebens.¹²² Entstanden dennoch Schäden für Privatpersonen – besonders häufig für Landwirte – oder Kommunen, wurden diese nach einem standardisierten Ablaufverfahren durch die Ämter für Verteidigungslasten und deren Vorgängerorganisationen entschädigt.¹²³ Typische Schäden waren durch Panzer zerfahrene Wiesen, zerstörte Felder und Zäune, entlaufene Tiere oder Frühgeburten sowie Straßen- und Wegeschäden.

In diesem Sinne formierte sich erwartungsgemäß eine breite Protestfront aus Verbänden, Politikern und Kirche gegen die Ausweitung des Truppenübungsgebietes Senne und damit des Manöverbetriebs in den Teutoburger Wald, um die land- und forstwirtschaftlichen sowie touristischen Interessen zu schützen.¹²⁴ Diese Protestfront klagte erneut die mangelhafte Rücksichtnahme und Kooperation der britischen Streitkräfte an und warf diese gebündelt als kolonialistische Methoden vor, wie die Überschrift der Freien Presse/Lippisches Volksblatt in einem Bericht zur Kupferberg-Debatte illustriert: „*Wir sind doch kein Kolonialvolk*“. Stattdessen fordert der Bericht im Namen des Abgeordneten Kuhlmann, „*den deutschen Bauern in Frieden zu lassen, damit der säen und ernten könne, um die Ernährung für Deutschland sicherzustellen*“,¹²⁵ was durchaus als Verweis auf den Opferstatus der Nachkriegszeit und die enorme argumentative Bedeutung der gesicherten landwirtschaftlichen Grundversorgung im öffentlichen Diskurs zu werten ist.¹²⁶

Ähnlich wie die Notgemeinschaften kritisierten auch diese Akteure die Diskrepanz zwischen der auf der politischen Ebene forcierten politischen Annäherung und dem regionalen Zusammenleben. So publizierte die Freie Presse im Kontext der EVG-Verhandlungen eine Karikatur mit dem Untertitel *Mahlende Panzerketten unter der Friedenstaube des von Bundeskanzler Adenauer so sehr forcierten EVG-Vertrages – so erlebt Lippe den „Europagedanken“*.¹²⁷ Diese zeigt einen mit aggressivem Gesichtsausdruck personifizierten Panzer, der unter einer Friedenstaube mit dem Schild „EVG“ fahrend zur linken und rechten Felder und Bäume zerstört und somit zum Ausdruck bringen soll, dass die auf der staatspolitischen Ebene forcierte europäische Integration und Kooperation auf der lokalen Ebene durch die britischen Streitkräfte konterkariert werde.

121 Müller, US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland (wie Anm. 5), S. 90–94.

122 Claims for compensation in respect of training and manoeuvre damage, 1950–1952, National Archives, FO 1010-171.

123 Siehe für Westfalen. Ämter für Verteidigungslasten, LAV NRW OWL, D 13 A.

124 Vgl. FP Herford, 29. 1. 1952; FP Lippisches Volksblatt, 27. 10. 1952; FP Lippisches Volksblatt, 30. 10. 1952; FP Lippisches Volksblatt, 12. 11. 1952; FP Lippisches Volksblatt, 24. 11. 1952.

125 Freie Presse Lippisches Volksblatt, 27. 10. 1952.

126 Vgl. allgemein für die Bundesrepublik Irmgard Zündorf, Der Preis der Marktwirtschaft. Staatliche Preispolitik und Lebensstandard in Westdeutschland 1948 bis 1963 (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Beihefte 186), Stuttgart 2006, S. 104ff. u. S. 178ff.

127 Freie Presse Lippisches Volksblatt, 31. 12. 1952.

Die damit bereits angedeuteten Belastungen durch den britischen Übungsbetrieb prangerten diverse Zeitungsartikel durch die Unterstellung von Rücksichtslosigkeit, Mangel an Kooperationsbereitschaft und die mutmaßlich absichtliche Zerstörung an.¹²⁸ Resultierte dies zum einen aus den beiderseitigen Erfahrungen der Besatzungszeit sowie antimilitaristischen Tendenzen vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges, arbeitet Peter Speiser zum anderen die betriebene kommunistische Propaganda als weiteren Beförderer der Kritik heraus.¹²⁹

In den in den Zeitungen abgedruckten Reaktionen der westfälischen Bevölkerung wurde jedoch auch eine gewisse Einsicht in die Notwendigkeit der Manöver kundgetan. So hob eine Bäuerin hinsichtlich eines „Pflaumendiebstahls“ von britischen Soldaten hervor:

*Besser die Engländer im Manöver als die Russen im Ernstfall. Dann hätten wir schon kein Huhn mehr auf dem Hof.*¹³⁰

In der Beschreibung der britischen Soldaten deutet sich zudem das Bild eines „rowdyhaften Charmeurs“ an, das stark an das von Müller herausgestellte Bild der amerikanischen Soldaten erinnert.¹³¹ So lässt sich einer Manöverbeschreibung des Jahres 1951 folgendes entnehmen:

Auf den stählernen Ungeheuern hocken die jungen Soldaten, meist schweigend, die Knarre lässig zwischen den Knien. Aber in den Dörfern leben sie auf. Singen Lieder von Kampf und Liebe, auf englisch natürlich. Ueberwiegend von Liebe. Werfen den Dorfschönen Kußhände und Grüße zu, lachen und winken. Und die Mädels tuen desgleichen. Wohl als Dank, daß ihnen die Panzer schon ein gut Stück Erntearbeit für die nächsten Tage abgenommen haben.¹³²

Neben dem herausgestellten Fremdbild lässt sich auch der bewusst forcierte Abgrenzungsprozess der westfälischen Bevölkerung erkennen. Unter den vorherrschenden gesellschaftlichen Idealen von Fleiß und Ordnung sowie der noch vorhandenen Präsenz der Hungerjahre wird die auf die britischen „Anbiederungen“ reagierende Frau diffamiert. Eine Erwähnung dieses Bildes deutet jedoch auch den Kontaktrahmen gerade jüngerer Personenkreise an. Die Folgen der ansonsten oftmals zitierten Verzweiflung, Verbitterung und Verärgerung über die Unruhen und Gefahren, die die Manöver in die Dörfer bringen würden,¹³³ skizzierte die Westfälische Volkszeitung im Bild der „westfälischen Bauernseele“ wie folgt:

Der Westfale – und vor allem der Landbewohner Westfalens – hat eine besondere Art, die man schlechtweg als stur bezeichnet. Er ist nicht beweglich, nicht explosiv, er greift nicht gleich zur Mistgabel – aber er frißt in sich hinein. Und es gärt in ihm, wird hin- und

128 Beispielsweise: FP Lippisches Volksblatt, 9. 7. 1953. FP Herforder Tageszeitung, 27. 5. 1953. FP Paderborn, 27. 8. 1955. Westfalen-Zeitung, 5. 9. 1951. Westfälisches Volksblatt, 5. 9. 1959.

129 Speiser, *The British Army of the Rhine* (wie Anm. 19), S. 78–83.

130 FP Paderborner Tageszeitung, 18. 9. 1952.

131 Müller, *US-Truppen und Sowjetarmee in Deutschland* (wie Anm. 5), S. 22.

132 Westfälisches Volksblatt, 14. 8. 1952.

133 Westfälisches Volksblatt, 18. 8. 1953.

hergewälzt, verdüstert sein Denken und läßt einen Haß werden, der nie wieder stirbt. Und wenn dieser Haß einmal Luft bekommt ...¹³⁴

Ogleich keine handgreiflichen Proteste aus dieser Zeit überliefert sind, drückt dieses Zitat die Unzufriedenheit sehr anschaulich aus und verdeutlicht einen klaren Abgrenzungsprozess. Perspektivisch lässt sich über den Untersuchungszeitraum hinaus jedoch eine Gewöhnung an die Manöver in der Region feststellen.

Übergriffe- und Schlägereidiskurs

Bis in die zweite Hälfte der 1950er Jahre spielten Übergriffe und Schlägereien britischer Soldaten oder Zivilangestellter keine bedeutende Rolle im öffentlichen Diskurs,¹³⁵ obwohl es sie, wie Kriminalitätsstatistiken belegen, mit unterschiedlichen Konjunkturen, aber in letztendlich geringer Anzahl gegeben hat.¹³⁶ Auf der Ebene der persönlichen Wahrnehmung wurde die Disziplin der britischen Besatzungskräfte bis 1955 im Vergleich zu den anderen Nationen positiv bewertet. So erzielten die britischen Besatzungsstreitkräfte in einer Allensbacher-Umfrage im Juni 1950 die jeweils besten Umfrageergebnisse: 37 % der Befragten sammelten schlechte Erfahrungen mit den britischen Besatzungstruppen und 16 % angenehme.¹³⁷ Ausgehend von diesen einzeln betrachtet negativen Umfrageergebnissen, die auch eine gewisse Diskrepanz zu den aufgeführten Kriminalitätsstatistiken aufweisen, verbesserte sich die Bewertung des Verhaltens der britischen Besatzungskräfte bis in das Jahr 1955, wie Speiser anhand diverser Umfrageergebnisse nachweisen kann.¹³⁸ Just mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO

134 Westfälisches Volksblatt, 20. 8. 1951.

135 Ähnliche Befunde liefert Ahrens für den Raum Hamburg. Vgl. *Ahrens*, Die Briten in Hamburg (wie Anm. 21), S. 329.

136 In der städtischen Überlieferung findet man nur wenige Akten, die diese Thematik aufgreifen. Diejenigen, die vorliegen, befassen sich in der Regel mit der Zeit nach 1963, da sich die Besatzungs- und Stationierungstruppen bis dahin beinahe vollkommen außerhalb der deutschen polizeilichen Verfügungsgewalt befanden. Eine nahezu lückenlose Statistik ist für den Polizeibezirk Bielefeld überliefert. Vgl. als statistisches Material Stadtarchiv Bielefeld, 104,9/Kriminalpolizei, Nr. 4–13. Während für das Jahr 1945 und das erste Halbjahr 1946 aufgrund der statistischen Erfassung eine genaue Differenzierung zwischen „Ausländern“ und „Briten“ nicht möglich ist, bieten die folgenden Jahre geeignetes Zahlenmaterial. Von durchschnittlich 5000 Täterinnen und Tätern waren im Jahr 1947 85, 1948 44 und 1949 15 Briten. Inbegriffen sind alle statistisch erfassten Fälle von einem Tötungsdelikt über die Urkundenfälschung bis zur Missachtung des Ausgehverbotes. Unter Berücksichtigung der Gruppenzusammensetzungen erscheinen auch diese absoluten Zahlen gering. Ein ähnliches Bild zeichnen die vereinfachten relativen Zahlen nach, die aus einer in diesem Bestand erhaltenen Gesamtstatistik des Monats September 1950 für die gesamte Britische Zone gewonnen werden können: Von insgesamt 36 000 überführten Tätern sind von 260 Ausländern 19 Briten. Somit ergeben sich als Richtwert die „Straffälligenquoten“ (Anzahl Täterinnen und Täter/Gesamtbevölkerungsanzahl) von ca. 0,0016 für Deutsche zu 0,00019 für Briten unter der Annahme von einer Gesamtbevölkerungsanzahl der britischen Zone von 23 000 000 und 100 000 Briten. Zu bedenken ist, dass unaufgeklärte Fälle in diesen Statistiken nicht erscheinen sowie mehrfache Straftaten von einer Person aufgrund der Unkenntlichkeit der Namen nicht auszuschließen sind. Neben der Differenz zu der individuellen Wahrnehmungsperspektive ist zudem zu bedenken, dass diverse Konflikte aufgrund der Regimentskonkurrenzen innerbritisch verliefen.

137 *Noelle-Neumann* u. a. (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1947–1955 (wie Anm. 69), S. 146.

138 *Speiser*, The British Army of the Rhine (wie Anm. 19), S. 88–92.

und einer politisch angestrebten Minimierung der Straftaten der Stationierungstruppen stieg die Quantität der Vorfälle sowie deren öffentliche Rezeption an. Als Krisenzentren bezeichnete das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen die Städte Minden, Detmold und Münster, wobei aufgrund der Intensität nur die beiden erstgenannten Fälle behandelt werden sollen.¹³⁹

Die größte publizistische Aufmerksamkeit erhielten die Vorfälle in Minden. Zwischen dem 1. Januar 1961 und Juni 1962 ereigneten sich 213 Vorfälle im Sinne von Körperverletzungen und Sachbeschädigungen, an denen die schottischen Cameronians als Stationierungstruppen beteiligt waren.¹⁴⁰ Die von der Freien Presse veröffentlichte Haltung der Mindener Bevölkerung lautete wie folgt:

*Die Meinung der deutschen Bürgerschaft: Wer nicht in der Lage ist, sich unter friedlichen Bürgern sittsam zu bewegen, dem sollte auch versagt sein, an ihrem Freizeitleben teilzuhaben.*¹⁴¹

Das in abgrenzender Selbstthematisierung vorgebrachte Bild des unsittlichen Briten war typisch und wurde durch Aussprüche wie *„Die Mindener sind Westfalen, und Westfalen sind friedliche Menschen“*¹⁴² gestützt.

Publizistische Breitenwirksamkeit erhielten diese Geschehnisse durch die Recherchen von britischen Fernsehteams und Zeitungen in Minden, die zwar die Provokationen der Zivilbevölkerung als Hauptursache der Konflikte ausmachten, aber auch eine Unterhausdebatte zur Disziplin der Rheinarmee sowie den Besuch einer Abgeordnetendelegation in Minden evozierten.¹⁴³ Daraufhin reagierten nicht nur die regionalen Zeitungen, sondern auch die deutschen Wochenzeitungen und -magazine. Während *„Die Zeit“* und *„Der Spiegel“* trotz der Titel *„Wenn der Whiskey billig ist“* und *„Wir hauen drauf“* noch ansatzweise versuchten, die Gemengelage objektiv zu durchdringen, positionierte sich der *„Stern“* mit *„In Minden ist der Tommy los“* und unterstrich sämtliche kursierenden Bilder und Verhaltenstypisierungen:

*Schotten-Freizeit in Minden: Die ganze Nacht in billigen Kneipen. Zu mehr langt der Sold nicht, deutsch sprechen sie nicht und wollen es auch nicht lernen – so betrinken sie sich vor lauter Langeweile. Und dann werden sie rabiat und rauflustig.*¹⁴⁴

Doch statt der erwarteten Fortsetzung der Schuldabweisungen in Anknüpfung an die überregionale Debatte¹⁴⁵ erkennt man einen Inklusionsprozess. So begannen sowohl der Bürgermeister als auch der Verbindungsoffizier sowie die Cameronians an sich, den Konflikt mit Hilfe der regionalen Presse im öffentlichen

139 Ebd., S. 91.

140 FP Mindener Tageszeitung, 14. 6. 1962. Die Zeit, 26/1962. Vgl. beispielhaft für die verschiedenen Straftaten sowohl von deutschen Zivilisten als auch britischen Soldaten: FP Mindener Tageszeitung, 27. 4. 1962. FP Mindener Tageszeitung 21. 5. 1962.

141 FP Mindener Tageszeitung, 10. 4. 1962.

142 FP Mindener Tageszeitung, 14. 6. 1962.

143 Zur Rekonstruktion des Ablaufes vgl. Die Zeit, 26/1962, Der Spiegel 25/1962, die FP Mindener Tageszeitung, 14. 6. 1962 sowie vom 20. 6. 1962. Dabei ist es jedoch notwendig, die auch in diesen Artikeln aufzufindenden wertenden Aussagen kritisch zu betrachten.

144 Stern, 26/1962: In Minden ist der Tommy los.

145 Die Westfalen-Zeitung vom 15. 6. 1962 betitelt dies als „Presseschlacht“.

Diskurs zu relativieren. In diesem Sinne titulierte einerseits der Bürgermeister die Darstellungen der überregionalen und britischen Presse als eine „Karikatur der Lage“¹⁴⁶ und andererseits betonte der Verbindungsoffizier Oberst Carswell, dass kein angespanntes Verhältnis zwischen Deutschen und Briten in Minden vorliege.¹⁴⁷ Zudem suchten die Cameronians bewusst den Kontakt zur Mindener Öffentlichkeit, indem sie zum einen die Darstellung ihres Regimentblutspendens über die Zeitung publizierten und zum anderen eine Parade für die Mindener Bevölkerung abhielten.¹⁴⁸ Zum anderen hielten sie die englische Presse aufgrund ihrer durchaus kritischen Berichterstattung – vermutlich auf den englisch-schottischen Gegensatz zurückzuführen – explizit von diesen Feierlichkeiten fern, sodass dieser Inklusionsprozess auch symbolhaft unterstrichen wurde.¹⁴⁹ Auf einer Pressekonferenz am 14. 6. 1962 spitzte Bürgermeister Pohle diese Ausprägungen sogar noch zu, indem er das Verhältnis zwischen Deutschen und Briten in Minden als „freundschaftlich“ charakterisierte.¹⁵⁰ Den Kontext dieses Prozesses spannt das Mindener Tageblatt treffend auf, indem es den Europabezug und das Waffenbrüderdasein als zentralen Rahmen des Zusammenlebens charakterisiert.¹⁵¹ Vor dem Hintergrund eines voranschreitenden europäischen Integrationsprozesses und sich anbahnenden Wandels des Rechtsstatus der Truppen im Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut lässt sich somit zum Teil auch die Presseaufmerksamkeit erklären.

Noch expliziter wurde dies in den Detmolder Auseinandersetzungen hervorgehoben. Zwischen 1956 und 1959 fanden zahlreiche Straftaten und Übergriffe statt und belasteten somit die schon angespannten deutsch-britischen Lokalverhältnisse.¹⁵² Obgleich keine genauen statistischen Daten vorliegen, ermöglicht ein Schreiben der Detmolder Polizeistation, das 18 Anzeigen im Zeitraum vom 1. 9. 1959 bis zum 13. 10. 1959 erwähnt, einen Eindruck.¹⁵³ Als Reaktion finden sich in den Ratsprotokollen Verweise auf „*Methoden wie im Suez-Gebiet*“ und Vorwürfe des unzivilisierten und unkooperativen Verhaltens, sodass erneut eine Anlehnung an die koloniale Bilderwelt festzustellen ist.¹⁵⁴

Als nun dieses Regiment, das sowohl für die Beschlagnahmen als auch die Intensität der soldatischen Übergriffe verantwortlich gewesen war, am 13. 7. 1962 verabschiedet wurde, fand ein Festakt mit höchsten Lobreden statt, den die Lippische Rundschau und die Freie Presse detailliert schilderten.¹⁵⁵ Hob Oberstleutnant

146 FP Mindener Tageszeitung, 21. 6. 1962.

147 FP Mindener Tageszeitung, 14. 6. 1962.

148 FP Mindener Tageszeitung, 19. 6. 1962. FP Mindener Tageszeitung, 20. 6. 1962. Das Abhalten der Parade wird in diesem militärischen Kontext vor allem als Ehrdarbietung verstanden.

149 FP Mindener Tageszeitung, 19. 6. 1962.

150 FP Mindener Tageszeitung, 14. 6. 1962.

151 Mindener Tageblatt, 5. 5. 1962.

152 Maria *Junker* / Malte *Leimbach* / Jan *Schmelter*, Konflikt und Entspannung zwischen Kontakt und Segregation. Die Nachbarschaft von Briten und Deutschen in Detmold nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Lippische Mitteilungen, 2015, S. 123–143, hier S. 128ff.

153 Lärmbelästigung, insbesondere der Aufstellung der Straftaten englischer Soldaten, Stadtarchiv Detmold, D106 A, Nr. 3822.

154 Öffentliches Ratsprotokoll vom 13. 12. 1956, Stadtarchiv Detmold, D 106 A, Nr. 1671.

155 Lippische Rundschau, 14. 7. 1962. Freie Presse, 14. 7. 1962.

J. C. Barras die Gastfreundschaft der letzten 10 Jahre hervor, rekurrierte Bürgermeister Kirchhoff auf die gemeinsamen ideellen Werte, nämlich Ruhe und Frieden für Europa. Die hiermit angedeutete Selbstthematization im europäischen Kontext eröffnet einen gemeinsamen Inklusionsprozess, der die britischen Stationierungstruppen und die westfälische Gesellschaft zumindest in ihrer argumentativen Außendarstellung eint.

Unterstrichen wird dieser Prozess zudem durch die Initiierung eines Filmbeitrags, der vom WDR produziert worden ist.¹⁵⁶ Bereits die Einstiegssequenz verdeutlicht durch die Bezugnahme auf die Geschehnisse in Minden die Intention der Revidierung des entstandenen Bildes eines krisenhaften deutsch-britischen Zusammenleben im Lokalen. Daher inszeniert der Beitrag die bereits vorhandene gute Beziehung zwischen der Bevölkerung und den stationierten Truppen, obgleich er zusätzlich die weiterführende Integration der britischen Soldaten zur Festigung der Völkerverständigung fordert.

Synthese des Fremdbildes und Einbettung in den Forschungskontext

Trotz aller thematischen und zeitlichen Differenzen sowie unter der Berücksichtigung der Heterogenität der Akteure lässt sich eine durchgängige Facette des westfälischen Fremdbildes der Briten erkennen. Dieses kulminiert zugespitzt im Bild des kolonialen Briten und verweist auf die historische Bedingtheit des Fremdbildes, das bis in den deutsch-britischen Antagonismus zurückreicht. Die übrigen Zuschreibungen lassen sich größtenteils unter diesem Bild subsumieren. Allerdings ist anzumerken, dass diese negative Konnotation des Britenbildes auch auf die negative Beschaffenheit der öffentlichen Diskurse zurückzuführen ist.

Die Selbstthematization der westfälischen Bevölkerung war hingegen lediglich in wenigen Fällen auf Westfalen an sich bezogen. Stattdessen rekurrierte diese auf Europa bzw. die europäische Idee von Kooperation und Zusammenarbeit, um den eigenen Argumentationen in der Auseinandersetzung mit den britischen Besatzungs- und Stationierungstruppen Legitimation zu verleihen. Wirkte der Europaabzug im Nahrungs- und im Demontagediskurs noch zukunftsorientiert, so speiste sich dieser als Forderung im Beschlagnahmungs- und im Manöverdiskurs aus der rechtlichen Diskrepanz zwischen proklamierter europäischer Gleichrangigkeit und eingeschränkter Souveränität der Bundesrepublik. Innerhalb des Diskurses über die britischen Übergriffe wurde dann eine Weiterentwicklung des Europagedankens im Sinne eines argumentativen, die britischen Stationierungskräfte und die deutsche Bevölkerung einenden Inklusionsprozesses deutlich. Dieser korrelierte vertraglich auch mit dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut 1963.

Bettet man diese Erkenntnisse in die bisherigen geschichtswissenschaftlichen Forschungen zu den 1940er und 1950er Jahren ein, so spiegelt diese Studie die typische diagnostizierte Ambivalenz des Wiederaufbaus. Einerseits rekurrieren

156 Ein entsprechender Vermerk der Stadt Detmold vom 15. 8. 1962 findet sich in: Verabschiedung 3. Royal Tank Regiment aus Detmold, Stadtarchiv Detmold, D 106 A. Nr. 2509. Der Film konnte im Rahmen des Ausstellungsprojektes „Briten in Westfalen“ eingesehen werden: WDR – Prisma des Westens: Ihr Herz ist in England, 25. 9. 1962, Deutsches Rundfunkarchiv.

die argumentativen Selbstthematierungen auf Europa und den „Westen“. Andererseits wird den Briten ein historisch bedingtes Bild zugeschrieben, das aus dem deutsch-britischen Antagonismus erwachsen ist.¹⁵⁷ Zudem wird deutlich, dass der in der älteren Forschung betonte Wandel der deutsch-britischen Beziehungen im Rahmen der Berlin-Krise 1948/49 verallgemeinernd nicht haltbar ist.

Die in dieser regionalgeschichtlichen Studie aufgezeigten Kolonialismusvorwürfe und europäischen Selbstthematierungen zeugen zudem von der Verschränkung zweier europäischer bzw. sogar globaler Diskurskonfigurationen. So wurde einerseits Europa seit der unmittelbaren Nachkriegszeit für viele Deutsche zu der Projektionsfläche einer gesicherten Zukunft und gleichzeitig einer Selbstverortungsmöglichkeit in der sich entwickelnden bipolaren Welt,¹⁵⁸ wie besonders pointiert in Europabewegungen ausgedrückt wurde.¹⁵⁹ Zum anderen war der Kolonialismus in seinen diskursiven, materiellen und politischen Erscheinungsformen auch in Westfalen präsent. Neben dem Kolonialrevisionismus und -enthusiasmus während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus¹⁶⁰ war die Erinnerung an die Rheinlandbesetzung als „erste Kolonialisierung“ durch die Siegermächte vorhanden,¹⁶¹ und auch in den 1940er und 1950er Jahren können Anzeichen kolonialer Praktiken und Wahrnehmungen bei den britischen Besatzungsangehörigen beobachtet werden.¹⁶² Die Verknüpfung dieser beiden Diskurse erfolgte in den Debatten über den „europäischen Menschen“ und die europäische Identität, die sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien insbesondere seit den 1920er Jahren durch den kolonialen Kontext geprägt waren. Die Ansätze der europäischen Identitätskonstruktion vollzogen sich in dem Topos der zivilisatorischen, kulturellen und moralischen Höherwertigkeit gegenüber den Kolonialisierten, der zudem durch das Recht auf Besitz ergänzt wurde.¹⁶³ Insbesondere das

157 *Prinz*, 1945 als soziale Zäsur im Vergleich (wie Anm. 6).

158 Vgl. *Vanessa Conze*, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005, S. 385–399. sowie *Patrick Bredebach*, *Das richtige Europa schaffen. Europa als Konkurrenzthema zwischen Sozial- und Christdemokraten – Deutschland und Italien von 1945–1963 im Vergleich*, Göttingen 2012, S. 389ff.

159 Beispielsweise *Walter Helfrich*, *Die Anfänge der Europabewegung in der Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg* (Beiträge zur pfälzischen Geschichte 27), Kaiserslautern 2013.

160 *Barbara Frey*, *Von der Völkerschau zum Carnival der Kulturen. Bürgerschaftliches Interesse am Fremden*, in: *Jürgen Büschenfeld / Bäbel Sunderbrink*, *Bielefeld und die Welt*, Bielefeld 2014, S. 369–390; *Florian Krobb / Elaine Martin* (Hg.), *Weimar Colonialism. Discourses and Legacies of Post-Imperialism in Germany after 1918*, Bielefeld 2014.

161 *Shelley Baranowski*, *Nazi Empire. German Colonialism and Imperialism from Bismarck to Hitler*, Cambridge / New York 2011, S. 116–171; *Jared Poley*, *Decolonization in Germany. Weimar Narratives of Colonial Loss and Foreign Occupation*, Bern 2005, S. 151–248.

162 Hierzu wäre eine detailliertere Studie notwendig. Erste Hinweise auf personelle Kontinuitäten liefert *Christopher Knowles*: *Winning the peace. The British in Occupied Germany, 1945–1948*, London 2017, S. 67–126. Hinweise auf die Wahrnehmung deutscher Angestellter als Dienstboten finden sich in: *Guide for families in BAOR, Imperial War Museum, LBY 63365*. Das Handbuch charakterisiert beispielsweise die Anzahl der deutschen Angestellten als Statussymbol. Auf struktureller Ebene wäre auch das Prinzip der „indirect rule“ als koloniale Praktik in der Besetzung detaillierter zu untersuchen.

163 *Jürgen Dinkel / Florian Greiner / Christian Methpessel*, „Murder of European“. Der „bedrohte Europäer“ als Leitmotiv im Kolonialdiskurs vom Zeitalter des Hochimperialismus bis zur Epoche der Dekolonisation, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 62 (2014), S. 219–238; *Wolfgang Schmale*, „Der europäische Mensch“. Europa und Kolonialdiskurse nach 1945, in: *Georg Kreis*, *Europa und die Welt. Nachdenken über den Eurozentrismus*, Basel 2012, S. 39–60.

deutsch-britisches Verhältnis war in der Kolonialisierung Afrikas bei aller imperialistischer Konkurrenz durch Kooperation und Austausch und damit einhergehend den Aufbau einer europäischen Identität geprägt.¹⁶⁴ Daher können die kolonialistisch-europäischen Argumentationsstrategien in einer gemeinsamen Tradition gesehen werden, die die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit herausstellen sollten.

164 Vgl. Ulrike Lindner: *Koloniale Begegnungen. Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika 1880–1914* (Globalgeschichte, Bd. 10), Frankfurt/New York 2011.